Merseburger Tageblatt

[..]parteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

[..]preis für Post und Stadt freibleibend. Ortsbezug wöchentlich. Postbezug monatlich. Nachforderung vorbehalten. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer [..]h, Sonnabends 150 Milld. Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Hälter[..] Zweigstelle Gotthardtstraße 38. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. [..]gort Merseburg. Im Falle höh. Gew. (Streik usw.) besteht k. Anspr. a. Liefer. od. Rückvergüt.

Anzeigenpreis Für den achtgespaltenen Millimeterraum 8 Goldpfennige; im Reklameteil 32 Goldpfg.; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfg. Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen ermäßigt — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100

Mittwoch, den 2. Januar 1924 — 164. Jahrgang

Neujahrsempfänge und =Kundgebungen.

[..]a, 2. Januar. Anläßlich des Neujahrsempfanges [..]lomatischen Korps beim Reichspräsidenten hielt als [..]es diplomatischen Korps der apostolische

Nuntius Msgre. Pacelli

[..]sprache, in der er u. a. ausführte: Das soeben ver[..] Jahr ist nicht ohne schwere Schmerzen und Leiden [..]Menschheit dahingegangen. Aber besonders an diesem [..]chtet sich unser Blick mit umso innigerer Teil[..]e auf gewisse unglückliche Klassen des [..]s, in dessen Mitte wir leben. Das ist

der Mittelstand,

[..]o Kranke, Greise, Frauen und Kinder, denen oft das [..]tigste zum Leben fehlt. Wir sprechen den edlen Herzen [..] Beifall aus, die sich bemühen, ein so erschütterndes [..]u mildern und

[..]nschen glühend, daß alle Nationen sich jener gesunden [..]chigen Wohlfahrt erfreuen mögen, die auf Gerech[..] auf friedlicher Arbeit und auf brüderlicher Liebe beruhen.

[..]einer Erwiderung sagte der

Reichspräsident Ebert

[..]Dankbaren Herzens begrüße ich diese Worte des Mit[..] Es ist bei Beginn dieses neuen Jahres

der sehnlichste Wunsch des deutschen Volkes,

[..]em harten und duldenden Ringen um sein Leben [..]ne Zukunft, daß auch ihm bald das hohe Gut ruhiger [..] und friedlichen Lebens im Kreise der Völker be[..] sei.

[..] Reichspräsident begrüßte alsdann die diplomatischen [..]er.

[..]nach empfing er den Reichskanzler, die Reichsminister [..]taatssekretäre. Hierbei hielt der

Reichskanzler

[..]Ansprache, in der er ausführte:

[..]kel liegt das Jahr 1923 hinter uns. Es gehört der [..]e Starkmut der deutschen Nation dazu, dem Jahre [..]und der politischen Entwickelung getrost entgegenzu[..] Auch die edlen Eigenschaften des deut[..] Volkes, die in der Not der Zeit besonders hell [..]ge treten, lassen uns Hoffnung schöpfen, daß es uns [..]ller entgegenstehenden Hindernisse möglich sein wird, [..]utsche Volk und Vaterland einer bessern Zukunft ent[..]zuführen.

[..] Reichspräsident erwiderte darauf: Mit Recht [..] Sie darauf hin, daß das abgelaufene Jahr dem deut[..] Volke schwere Opfer auferlegt hat. Dankbar erinnern [..]us aber des Opfermutes, mit dem alle Schichten der [..]ferung an Rhein und Ruhr das harte Los getragen [..]eiter tragen. Möge das neue Jahr diesen deutschen [..]en eine Erleichterung ihres schweren Schicksals dadurch [..]n, daß es gelingt, **auf der Grundlage des wahren [..]ns und des Rechtes der Völker** die Lebensmöglichkeit [..]ie wirtschaftlichen Kräfte ihrer Bewohner wieder zu [..]ten. Groß ist die wirtschaftliche Not in weiten Schichten [..]s Volkes. Bei allen Anstrengungen unseres Reiches [..]n schlimmsten Elend aber nur zu steuern, wenn jeder [..]zelne mit besten Kräften mithilft. An die vielen, [..]nberührt von der Not des Volkes noch abseits stehen, [..] sich unser dringender

Appell zur Menschenpflicht.

[..] die Zukunft wird von uns allen noch schwere Opfer [..]n, wenn wir unsere **nationale Existenz erhalten** und [..] wollen. Zur Erreichung dieses Zieles ist mehr denn [..]ade heute der Wille des Volkes zur Zusammengehörig[..]otwendig.

[..]hrskundgebungen an die deutsche Wehrmacht.

Geßler an die Wehrmacht.

[..] **die Wehrmacht!** Auch beim diesjährigen Jahreswechsel [..]t es mich, allen Angehörigen von Heer und Marine [..]n wärmsten Dank und Anerkennung für die [..]e Pflichterfüllung in schwerer Zeit auszu[..]en. Berufen zum Schutz der deutschen Heimat hat [..]eichswehr voll ihre Schuldigkeit getan und sich [..] in den weitesten Kreisen des Volkes neues Vertrauen [..]Ansehen erworben. Für das kommende Jahr vereinigen [..]ns zu dem Gelöbnis, daß die Reichswehr allen Schwie[..]ten zum Trotz bleibt: die eiserne Klammer der [..]heit des Reiches u. der unerschütterliche Grund[..]n der verfassungsmäßigen Ordnung, auf [..]ich unser Vaterland aufbaut zu Größe und Freiheit.

Der Reichswehrminister, (gez.) Dr. Geßler.

Seeckt an die Reichswehr.

[..]n das Reichsheer! Dem deutschen Reichsheer Glück zum [..]n Jahre! Hinter uns liegt ein Jahr angestrengter und [..]greicher Arbeit. Das Heer schreitet vorwärts auf dem [..]e der Ausbildung und der Festigung zum Wohl des [..]rlandes. Warme Anerkennung gilt allen Teilen, den [..]mandeuren und den Truppen, welche für die Aufrecht[..]ltung der Ruhe und Ordnung im Reiche eingesetzt waren [..]sind. In musterhafter Disziplin haben sie, oft unter den [..]erigsten Verhältnissen, ihre Schuldigkeit getan und be[..]n, daß in der jungen Wehrmacht die alten [..]dateneigenschaften lebendig sind. Besonderen [..] gebührt allen Bestrebungen, welche darauf abzielen, [..] die in uns liegende Kraft der Ordnung und Selbstlosig[..] in den wirtschaftlichen Nöten des Volkes [..]elfen. Wenn uns die Möglichkeit belassen bleibt, auf [..]m Wege vorwärts zu schreiten, so wird die Reichswehr [..]r mehr zu einem segensreichen und ausschlaggebenden [..] der Reichsgewalt werden.

Das Heer geht einem nicht leichten Jahr entgegen. Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes lasten schwer auch auf der Reichswehr. Von ihr wird Aufopferung und selbstlose Hingabe neben stillem Tragen von Entbehrungen verlangt. Ich vertraue darauf, daß das Reichsheer auch diesen Forderungen gewachsen sein und fest stehen wird in Treue, in Gehorsam, in Kameradschaft, in Einigkeit. gez. v. Seeckt, Gen. d. Inf. und Chef der Heeresleitung.

Einen ähnlichen Aufruf hat Admiral Behncke als Chef der Marine an die Reichsmarine erlassen.

Ebert an Heinisch.

Der Reichspräsident hat dem österreichischen Bundespräsidenten folgendes Telegramm zugesandt: „Bundespräsident Heinisch, Wien. Zum Jahreswechsel spreche ich Ihnen und dem stammverwandten österreichischen Volk herzliche Glückwünsche aus. Deutschland gedenkt in dieser Zeit der Not in aufrichtiger Dankbarkeit der vielen Beweise hilfsbereiter Anteilnahme des Brudervolkes. Möge das neue Jahr unsere Länder fördern auf dem Wege der Gesundung und Wiederherstellung, den Oesterreich zu unserer Freude bereits mit gutem Erfolg beschritten hat.

Ebert, Reichspräsident."

*

Um den Ausnahmezustand.

Wie der „L. A." aus parlamentarischen Kreisen erfahren haben will, werde die Verordnung der Reichsregierung über die Abänderung des Ausnahmezustandes in linksgerichteten Parteikreisen für nicht ausreichend angesehen. Vertreter der V. S. P. D. hätten deshalb gestern mit Mitgliedern der bürgerlichen Koalitionsparteien Fühlung genommen, inwieweit im bürgerlichen Lager für eine restlose Beseitigung des Ausnahmezustandes Stimmung vorhanden wäre. Die Sozialdemkraten seien für eine sofortige Einberufung des Reichstages eingetreten. Auf bürgerlicher Seite sei man indessen der Meinung, daß schon aus diesem politischen Grunde eine restlose (!!) Aufhebung des Ausnahmezustandes gegenwärtig kaum möglich wäre.

Schwierigkeiten für die dritte Steuernotverordnung.

Aus der Kabinettssitzung, die am Sonnabend stattgefunden hat und in der der Beschluß gefaßt wurde, die Besatzungskosten bis auf weiteres weiterzuzahlen, werden jetzt noch folgende interessante Einzelheiten bekannt:

Finanzminister Dr. Luther berichtete u. a. auch über das Ergebnis seiner Reise nach Süddeutschland, die bekanntlich die Fühlungnahme mit den süddeutschen Ländern in der Frage der Neuverteilung der Lasten und Steuereinnahmen zwischen Reich und Ländern, die mit der in der dritten Steuernotverordnung vorgesehenen Besteuerung von Obligationen und des Grundbesitzes verbunden ist, bezweckte. Aus der Aussprache mit den süddeutschen Regierungen haben sich neue Gesichtspunkte ergeben, die eine Vertagung der Verabschiedung der dritten Steuernotverordnung notwendig machten.

Die Auslandsmission Dr. Schachts.

Mit der Ankündigung der Reise des neuen Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht in das Ausland tauchen in der französischen und englischen Presse wieder zahlreiche Nachrichten über fast vollendete Anleiheprojekte auf. So behauptet der Berliner Berichterstatter des Pariser „Journal", daß Deutschland mit Sicherheit eine Anleihe von zwanzig Milliarden Goldmark erwarten könne, der dann noch eine besondere Anleihe für Lebensmittel folgen werde. Schon die Ziffer von zwanzig Milliarden Goldmark zeigt, wie unsinnig diese Meldung ist.

Es handelt sich bei der Reise Dr. Schachts um Besprechungen über den internationalen Devisenverkehr und natürlich auch über Kreditfragen.

Auf Befehl der K. P. D.

Der Noske-Anschlag in Hannover.

Hannover, 1. Januar. Amtlich wird vom Polizeipräsidium in Hannover mitgeteilt:

„Der Bombenanschlag gegen das Regierungsgebäude in Hannover **ist von Mitgliedern der Kommunistischen Partei ausgeführt worden. Die Zentralleitung der Partei in Berlin und die Bezirksleitung der Partei in Hannover haben die Anweisung ergehen lassen. Sprengstoffe und Sprengkörper zu beschaffen,** besondere Kommandos zu bilden, die Behörden zu beunruhigen, und mißliebige **Personen und Beamte zu beseitigen.** Es ist gelungen, einen Teil der Sprengstoffe zu erfassen und **eine Anzahl von Personen festzunehmen,** die als Mittäter in Frage kommen."

Weiter wird in der Bekanntmachung des Polizeipräsidiums mitgeteilt, daß auch gestern abend wieder ein Mann festgenommen wurde, der im Besitze einer Bombe war.

Die bürgerliche Einheitsfront in Thüringen hergestellt.

Die „Thüringer Allgemeine Zeitung" meldet aus Weimar: Die gesamten bürgerlichen Parteien und Verbände Thüringens beschlossen am Montagnachmittag in Weimar die **Gründung eines bürgerlichen Ordnungsbundes** zur Aufstellung einer bürgerlichen Einheitsliste und faßten folgende Entschließung: Die versammelten Parteien und Verbände beschließen eine Einheitsliste mit dem Ziele, die sozialistisch-kommunistische Mehrheit im Landtag gründlich zu brechen, die Wiederkehr einer einseitigen Klassenregierung zu verhindern und gemeinsam nach der Wahl danach zu streben, die in den letzten Jahren **dem Thüringer Staatswesen durch die sozialistisch-kommunistische Regierung zugefügten Schäden zu heilen.**

Das künftige Steuersystem.

Zu den neuen Steuerverordnungen ist grundsätzlich folgendes zu bemerken:

Das bisherige Steuersystem ist von dem Grundgedanken ausgegangen, daß der Staat in seinen Ausgaben freie Hand hat; wenn er nur die Deckung beschafft. Damit wird vorausgesetzt, daß die Steuerfähigkeit der Wirtschaft unbegrenzt sei. Diese Voraussetzung ist nicht richtig. Die Steuerfähigkeit ist beschränkt: nach dieser Steuerfähigkeit müssen sich die Ausgaben richten. Im Vordergrund der Beratung muß demnach stets der Einnahmeetat und nicht wie bisher der Ausgabenetat stehen. Man hat bisher geglaubt, die größtmöglichen Steuereingänge würden durch möglichst hohe Steuersätze erreicht. Auch diese Auffassung ist falsch. Die Ueberspannung der Steuern macht infolge der durch sie erzeugten Steuerscheu jedes Steuersystem ertraglos, ebenso wie die Ueberspannung der Zwangswirtschaft die Zwangswirtschaft hinfällig gemacht hat. Ein Steuersystem, das theoretisch das Höchste leisten will, leistet praktisch das Geringste, wenn es mit einem Niedergang der Steuermoral verbunden ist. Die Hebung der Steuermoral ist daher gegenwärtig die größte Steuerreserve, die die Finanzwirtschaft hat. Die Gesetzgebung muß darauf ausgehen, diese Quelle, die vor dem Kriege vorhanden war, wieder zu erschließen. Dabei muß der Zusammenhang der verschiedenen Steuern und ihre Wirkung auf die Einzelwirtschaft ins Auge gefaßt werden. Der Steuerfiskus darf nicht auf Schritt und Tritt die Privatwirtschaft bedrängen und ihr die Lust zum Sparen und zum Vermögenserwerb nehmen. Die Zahl der Steuern muß daher verringert und die Art ihrer Einziehung vereinfacht werden.

Gegenüber dem Gesichtspunkt der Erfassung der Sachwerte ist zu betonen, daß zwar der Kapitalsbesitzer, aber nicht das Kapital besteuert werden darf, d. h. das produktive Kapital darf nicht vermindert werden. Soviel Vorteile das Kapital auch seinem Besitzer bietet, in der Hauptsache ist es das Handwerkszeug der deutschen Volkswirtschaft. Verringerung des Kapitals auf dem Wege über die Steuergesetzgebung (sei es, daß es ans Ausland abgeführt wird, sei es, daß es im öffentlichen Haushalt verbraucht wird) heißt den arbeitenden Händen die Möglichkeit der Beschäftigung nehmen. Es muß daher grundsätzlich daran festgehalten werden, daß auf die Dauer Steuern nur aus dauernd fließenden Quellen getragen werden können. **Hierbei ist zu unterscheiden** zwischen abwälzbaren und unabwälzbaren Abgaben. Die ersten haben ihre Grenzen in der Leistungsfähigkeit der Verbraucher und der ausländischen Abnehmer. Die letzteren dürfen auch, soweit es sich um Vermögenssteuern handelt, nur aus dem Ertrag gedeckt werden. Mit anderen Worten, die Vermögenssteuern dürfen nur als ergänzende Einkommensteuern ausgebaut werden. Insbesondere ist die fortgesetzte Folge bezw. gleichzeitige Durchführung von Vermögenseingriffen, wie beim Vermögenszuwachssteuergesetz, Notopfergesetz, Zwangsanleihe, Erbschaftssteuergesetz, Brotversorgungsabgabe, Rhein-Ruhrabgabe, Betriebssteuern, aufs schärfste zu bekämpfen. Sie haben die Ueberführung des produktiven Kapitals in den öffentlichen Verbrauch, in dem es weder neue Werte erzeugt, noch neue Arbeitsgelegenheit schafft, zur notwendigen Folge und sind nur infolge der Geldentwertung ohne verhängnisvolle Schwierigkeiten überwunden worden. Im Sinne der obigen Ausführungen muß mit dem Gedanken gebrochen werden, als sei es möglich, peinlichste Gerechtigkeit und Gleichmäßigkeit in der Besteuerung herbeizuführen. Die Ueberspannung dieses Grundsatzes erfordert soviel gesetzgeberische Einzelheit und eine so große Strenge auch gegenüber den weniger Leistungsfähigen, daß der Nutzeffekt des Systems darunter leidet. Das Steuersystem muß sich damit begnügen, den Durchschnitt zu treffen, um die Höchsterträge zu liefern.

Im übrigen wäre das Beste, die frühere Dreiteilung wieder aufzunehmen, nach der die Verbrauchssteuern dem Reich, die Einkommensteuern den Ländern und die Ertragssteuern den Gemeinden zu überweisen sind.

Ein thüringischer Ministerialbeamter wegen Verdachts der Urkundenfälschung verhaftet.

Auf Grund der Feststellungen der zu den thüringischen Landeszentralbehörden entsandten **Reichsbeauftragten,** die zu einer Anzeige an die Staatsanwaltschaft in Weimar geführt haben, ist, wie aus Weimar mitgeteilt wird, von der dortigen Staatsanwaltschaft der **Regierungsassessor Kunze vom thüringischen Ministerium des Innern wegen dringenden Verdachts der Urkundenfälschung und Aktenbeseitigung verhaftet worden.**

*

Frankreichs Bündnispolitik.

Paris, 1. Januar. Dem Belgrader „Matin"-Korrespondenten zufolge soll der französisch-belgischen Allianz eine französisch-südslawische und eine französisch-rumänische folgen, die angeblich nur den Zweck hätten, die Durchführung der Friedensverträge durchzusetzen.

Weshalb sich die Tschechei unter Frankreichs Schutz stellt.

Paris, 1. Januar. Der tschechisch-französische Vertrag beunruhigt weiter die englischen politischen Kreise. Der „Daily Telegraph" gibt heute seinem Erstaunen darüber Ausdruck, daß die tschechischen Staatsmänner, die bisher Klugheit und Mäßigkeit bewiesen, sich zu einer Allianz mit Frankreich entschlossen. **Aber ein tschechischer Diplomat erklärte dem Blatte,**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240102-17/fragment/page=0001
DFG

der Zwischenfall von Korfu habe die kleinen Völker gelehrt, daß sie sich unter den **Schutz einer Großmacht** begeben müßten und es sei durchaus natürlich, daß die Tschechei Frankreich gewählt habe. Griechenland und Rumänien könnten natürlich eine andere Macht wählen, aber wegen des Mißtrauens des griechischen Volkes gegenüber Italien werde es der französischen Diplomatie wahrscheinlich gelingen, auch Griechenland in ihr Schlepptau zu ziehen.

Englands Abneigung gegen das Abkommen.

London, 1. Januar. Eine Prager „Times“-Meldung berichtet, tschechische Kreise seien enttäuscht von der Zurückhaltung, womit England die neue tschecho-französische Allianz betrachtet. Statt Zurückhaltung könnte man Mißbilligung sagen, der der „Observer“ gestern kräftigsten Ausdruck gab.

Der französische Verhandlungs-„Wille“.

Paris, 1. Januar. Nach Neujahr wird zwischen der **französischen und der belgischen Regierung ein Gedankenaustausch** über die vom deutschen Geschäftsträger übergebene Note stattfinden. In Brüssel werden einzelne Forderungen der Reichsregierung, insbesondere die Wiederherstellung des normalen Verkehrs zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet, abgelehnt, weil dadurch die Erfolge der Ruhrbesetzung in Frage gestellt werden können. Wenn Deutschland auf der Erörterung dieses Punktes bestehen sollte, so würden die Verhandlungen sich zerschlagen.

Von Rhein und Ruhr.

Micum-Vertrag des Braunkohlen-Syndikats.

Köln, 1. Januar. Das Rheinische Braunkohlensyndikat hat nach langen, mühevollen Verhandlungen am 29. Dezember abends die Vereinbarungen wegen der Reparationslieferungen und Zahlung der Kohlensteuer mit der Micum in Düsseldorf abgeschlossen. **An Reparationslieferungen sind in erster Linie in den ersten drei Monaten monatlich 90 000 Tonnen an Briketts und vom vierten Monat an monatlich 70 000 Tonnen Briketts unentgeltlich zu liefern.** Für die Zeit vom Beginn der Ruhrbesetzung ist ein erheblicher Betrag an Kohlensteuern an die Micum nachzuzahlen. Die zukünftige Kohlensteuer beträgt 6,40 französische Frank für die Tonne Briketts, 1,50 französische Frank für die Tonne Ruhrkohlen. Im übrigen ist nach Sicherstellung der Reparationslieferungen der verfügbare Rest der Produktion für den Verkauf freigegeben worden. Die auf dem Wasserwege kommenden Reparationslieferungen sind bis zu einer gewissen Menge unentgeltlich zu fahren, wofür der Besitz der Flotte sowie sämtliche Lager- und Umschlagvorrichtungen gewährleistet wurden.

Erleichterungen im Verkehr mit dem besetzten Gebiet.

Koblenz, 1. Januar. Die Interalliierte Rheinlandkommission hat eine wichtige Verfügung erlassen, die den Verkehr zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Gebiet neu regelt. Die wichtigste Bestimmung lautet: „Den gegebenen jetzigen Verhältnissen entsprechend wird für die im besetzten Gebiet ansässigen Personen der Verkehr zwischen diesem Gebiet und dem unbesetzten Deutschland freigegeben.“ **Aus dem Wortlaut der Ordonnanz** seien die folgenden Bestimmungen hervorgehoben: „Jede im besetzten Gebiet wohnhafte Person, die im Besitz einer Ausweisungskarte oder Passes ist, kann frei zwischen dem besetzten und dem unbesetzten Deutschland verkehren. Die gleichen Bestimmungen gelten für Personen im unbesetzten Deutschland im Umkreis der Grenzen des besetzten Gebietes, die in einem dem besetzten Gebiet angrenzenden Umkreis wiederholt Geschäfte oder andere Angelegenheiten zu erledigen haben. Die Gesuche um Passierkarten sind schriftlich an den Oberdelegierten zu richten.

In besonders dringlichen Fällen und ausnahmsweise können Bewohner des besetzten Gebietes, die den Besuch von im unbesetzten Deutschland wohnenden Personen zu erhalten wünschen, im Namen dieser Personen ein Gesuch bei dem Delegierten der Rheinlandkommission ihres Kreises einreichen. Diese Ordonnanz tritt sofort in Kraft.“

Keine Verminderung der Ruhrbesetzung.

Die in den letzten Tagen wiederholt aufgetauchten Meldungen, die von einer Verminderung der Truppen im besetzten Gebiet sprachen, werden in Berlin mit sehr großem Pessimismus aufgenommen. Die Umgruppierung der französischen Truppen, von der in der Meldung die Rede ist, ist seit längerer Zeit zu beobachten gewesen, aber im allgemeinen nur in der Richtung, daß die französischen Truppen von auffälligen Stellen und Plätzen größerer Städte zurückgezogen und mehr in die Kasernen verlegt werden. **Im übrigen** scheint es, als ob die Zurückziehung der Besatzungstruppen im wesentlichen auf belgische Anregung zurückzuführen ist und die Franzosen diese Maßnahme nur zum Schein mitmachen, denn eine Meldung der Agence Havas sagt ausdrücklich, daß die angeblich zurückgezogenen französischen Truppen zunächst noch einige Zeit in den besetzten Gebieten bleiben, um für alle Fälle zur Verfügung zu stehen.

Die Separatisten fühlen sich als die Herren.

Aus der Pfalz, 1. Januar. Den Bezirksbeamten wurde den Separatisten ein Ultimatum gestellt, bis zum 28. Dezember vormittags 10 Uhr eine Loyalitätserklärung für die separatistische Regierung abzugeben. Unter Hinweis auf den Beamteneid wurde das Ansinnen von den Beamten abgelehnt. Die Beamten wurden dann entlassen und aus den Bureaus verwiesen. Das Ultimatum wurde von dem separatistischen „Bezirksamtmann“ Nickles überreicht.

Der Pfalz-Skandal.

London, 1. Jan. Generalmajor Sir Frederik Maurice schreibt in der „Daily News“ über die Frage des Beitritts Deutschlands zum Völkerbund und die Gründe der ablehnenden Haltung Deutschlands, es sei fast allgemeine Ansicht der Rheinländer, daß der Völkerbund nur der Deckmantel für die französische Politik sei. Die Rheinländer befürchten ehrlich, daß, wenn sie dem Völkerbund überliefert würden, ihre Beherrschung durch Frankreich legalisiert und dauernd sein würde. Daher seien sie gegen einen Beitritt Deutschlands zum Völkerbund. Diese Befürchtungen wurden durch die Ereignisse in der Bayerischen Pfalz keineswegs vermindert, wo eine kleine Gruppe Separatisten mit Unterstützung französischer Bajonette sich der hilflosen, aber empörten Bevölkerung aufgedrungen habe. Wenn die Pfälzer, zur Verzweiflung getrieben, sich versammelten, um gegen die Tyrannei zu protestieren, würden sie im Interesse der öffentlichen Ordnung durch französische Truppen auseinandergetrieben. Die Tatsache, daß dieser Skandal fast unbemerkt und sicherlich ohne wirksamen Protest seitens der übrigen Welt vor sich gehe, habe das geringe Maß von Glauben, das die Rheinländer noch in die internationale Gerechtigkeit setzten, beseitigt. **Wenn Deutschland dem Völkerbund beitreten solle, sei der erste Schritt, der dazu notwendig sei, zuzusehen, daß die deutsche Bevölkerung in der Pfalz fair play erhalte und der französische Einfluß im Saargebiet vermindert werde.**

Aus Mangel an Verständigungs-„Willen.“

Der auf dem Boden der Hirsch-Dunckerschen Organisationen stehende Gewerkschaftsbund der Angestellten ist, wie die „B.Z.“ meldet, aus der Arbeitsgemeinschaft ausgetreten. **Der** Schritt wird begründet mit dem Hinweis auf das Vorgehen der in der Arbeitsgemeinschaft vertretenen Arbeitergeberschaft, das jeglichen Verständigungswillen mit den Arbeitnehmern vermissen lasse (!!).

Neujahrsbetrachtungen der englischen Presse.

London, 2. Januar. Die Neujahrsbetrachtungen der englischen Presse sind fast durchweg zuversichtlich gestimmt: Die unmittelbar bevorstehende Aussicht einer Regierung der Arbeiterpartei nimmt darin den Hauptplatz ein. Die radikale „Daily News“ schreibt: Die sorgfältig genährte Panik wegen der Aussichten auf eine Arbeiterregierung wird bald im Lichte der Wirklichkeit zerstört werden. Der kommende Regierungswechsel verspricht Gutes für das britische Volk. Eine der ersten Aufgaben der nächsten britischen Regierung werde sein, offiziell das neue Rußland anzuerkennen. Auch in der größten Frage, der Wiederherstellung Europas sei die Aussicht besser als je seit der Zeit der Ruhrinvasion. Das Arbeitslosenproblem Englands könne nur gelöst werden durch eine Welt, die Frieden habe und sich nicht fürchte. Der Schlüssel zum Frieden und zur Wohlfahrt liege im Herzen Europas. „Daily Chronicle“ schreibt: Für alle liberalen und fortschrittlichen Leute besteht eher Hoffnung als Befürchtung. „Daily Expreß“ sieht das Jahr 1924 mit einer Note wirklicher Hoffnung beginnen.

Die „Dixmuiden“ endgültig verloren.

Paris, 1. Januar. Das Marineministerium veröffentlicht eine Mitteilung, in der es erklärt, der Verlust des lenkbaren Luftschiffes „Dixmuiden“ müsse nunmehr als sicher angenommen werden. Unter dem Vorsitz des Vizeadmirals Filou wurde eine Untersuchungskommission gebildet, die über die Ursache des Unterganges des Luftschiffes Erhebungen anstellen soll. Die Nachforschungen werden durch das andauernde Unwetter sehr erschwert.

Der lachende Dritte.

Paris, 1. Januar. Der „New York Herald“ meldet aus Washington: Die Regierung der Vereinigten Staaten habe die mexikanische Regierung ermächtigt, Kriegsmaterial von der amerikanischen Armee zur Verwendung gegen die Aufständischen zu kaufen. Präsident Coolidge habe auf Vorschlag des Staatssekretärs Hughes beschlossen, an Mexiko 15 000 Armeegewehre und 10 Millionen Munitionsbänder zu verkaufen. Der Kriegssekretär Weeks soll keine ernstlichen Einwendungen gegen den Verkauf erhoben haben.

Aus Stadt und Umgebung

Der Himmel im Januar.

Die scheinbare Bewegung des Tagesgestirns an der Himmelskugel hat in der ersten Monatshälfte des Januar nur geringen Einfluß auf die bisherige Verteilung der Zeiten des Sonnenauf- und Unterganges. So erscheint am Neujarstage ‚berechnet‘ für die geograpische Breite und Länge von Berlin, das Tagesgestirn morgens erst um 8 Uhr 20 Minuten im Südosten, um Schlag 4 Uhr nachmittags im Südwesten wieder zu verschinden.

Von den Planeten steht Merkur Anfang Januar am Abendhimmel. Er geht erst 1½ Stunden nach der Sonne unter und ist in rascher Annäherung an diese begriffen. An klaren Abenden wird sich zu Beginn des Monats seine Aufsuchung lohnen. Schon am 13. aber kommt er in untere Konjunktion zur Sonne, ist also dann schon wieder unsichtbar und taucht bald darauf morgens am Südosthimmel auf, wo er Ende Januar eine Stunde vor Sonnenaufgang erscheint. Immer günstiger werden jetzt die Sichtbarkeitsverhältnisse der Venus, die Abendstern ist, und deren Sichtbarkeitsdauer im Januar von 2½ auf 3⅓ Stunden anwächst. Auch ihre Helligkeit nimmt weiter zu, so daß sie alsbald nach Sonnenuntergang dank ihrem strahlenden Licht nicht zu übersehen ist. Mars geht zwischen 4 und 5 Uhr früh vor der Sonne auf, steht aber dann tief im Südosten im Bereiche des Skorpions. Seine Helligkeit ist noch nicht auffallend; sie wird aber im Laufe des Jahres mehr und mehr zunehmen, da sich der Abstand der Planeten von der Erde allmählich verringert. Jupiter geht Mitte Januar schon drei Stunden, Saturn 6½ Stunden vor der Sonne auf, so daß die beiden großen Planeten am Morgenhimmel vor Tagesanbruch schon bequem zu bemerken sind. Uranus steht immer noch, wie schon seit langer Zeit, im Wassermann; aber er ist ein Sternchen sechster Größe, und nur wer seine Stellung ganz genau kennt und gute Augen hat, vermag ihn als winziges Lichtpünktchen eben noch zu erkennen.

Die Erwerbslosensätze bleiben unverändert. Die in der letzten Woche gültigen Erwerbslosensätze werden auch für die Woche vom 31. Dezember bis 5. Januar Gültigkeit behalten, und wenn sich die Währungsverhältnisse nicht ändern voraussichtlich auch auf die weiteren Wochen.

Unser diesjähriger Wandkalender liegt der heutigen Ausgabe unserer Zeitung bei.

Zur Hebung des Eissportes. Auf die heute abend 8 Uhr im „Ratskeller“ stattfindende Besprechung zur Hebung des Eissportes sei nochmals hingewiesen.

Die Sylvesternacht ist verhältnismäßig ruhig verlaufen. Auch auf dem Markte wie in den Straßen war der „Betrieb“ in der vergangenen Sylvesternacht nicht so rege, wie man ihn von früher her kennt. Neben einigen unwichtigen Anrempelung betrunkener Personen, rief man sich in der zwölften Stunde, als vom Turm der Stadtkirche ein Bläserchor alte Choräle erschallen ließ, in recht friedlicher Weise ein kräftiges „Prosit Neujahr“ zu.

Um die Arbeitszeit im Buchdruck- und Zeitungsgewerbe. Montag vormittag tagte im Saale des „Rheingold“ eine außergewöhnlich stark besuchte Versammlung der Berliner Buchdruckereibesitzer unter dem Vorsitz des Herrn Rud. Ullstein, die Stellung nahm zu dem im Reichsarbeitsministerium gefällten Schiedsspruch, der vom 1. Januar ab eine 54stündige Arbeitszeit vorsieht. Diesen Schiedsspruch verbindlich zu erklären, hat das Arbeitsministerium abgelehnt. Nach Referaten der Herren Schmidt, Winckler und Heenemann beschloß die Versammlung einstimmig, das Arbeitsverhältnis sämtlicher Arbeitnehmer im Berliner Buchdruck- und Zeitungsgewerbe zu dem nächstfälligen Kündigungstermin aufzukündigen.

Zum Schlichter für den mitteldeutschen Schlichtungsbezirk, umfassend die Provinz Sachsen, den Kreis Schmalkalden und den Freistaat Anhalt, hat der Reichsarbeitsminister nach Paragraph 2 der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 den Direktor des Landesarbeitsamtes Sachsen-Anhalt in Magdeburg Dr. Lüttgens, bestellt.

Keine Zuschläge mehr zu den Krankenkassenbeiträgen. Halbamtlich wird mitgeteilt: Mit dem Schluß des vergangenen Jahres verlosch die Befugnis der Krankenkassen, zu den früheren Beiträgen 2 v. H. des Grundlohns als Notzuschlag zu erheben. Die wirtschaftliche Lage läßt es nicht zu, diese Befugnis auf das neue Jahr zu erstrecken. Wo bisher der Notzuschlag erhoben worden ist, sinkt mit Beginn des neuen Jahres der Krankenkassenbeitrag ohne weiteres.

Der Ersatzbetrag für Postpakete ohne Wertangabe ist auf 1,60 Mark für je 500 Gramm der ganzen Sendung und für eine eingeschriebene Sendung auf 20 Mark erhöht. Die neuen Sätze gelten für die vom 1. Dezember aufgelieferten Sendungen.

Freistellen bei der evangelischen Landesschule in Pforta. Die Landesschule ist ein humanistisches Gymnasium mit den Klassen Untertertia bis Oberprima. Sie ist eine Wohltätigkeitsanstalt, die nach der Absicht ihres Stifters für die Inhaber von Freistellen die Kosten des Unterrichts und der Verpflegung zum größten Teil aus ihren Mitteln bestreitet. Ihre Wohltaten sollen bedürftigen und zugleich begabten und für die gelehrten Studien besonders geeignetn Knaben zuteil werden; bei gleichen Anlagen und Vorkenntnissen der Aufzunehmenden soll die nachgewiesene Bedürftigkeit entscheiden. Außerdem sollen unter den gleichen Voraussetzungen solche Schüler, die am Wohnsitze ihrer Eltern oder deren Stellvertreter keine Möglichkeit haben, ein humanistisches Gymnasium zu besuchen, bei der Aufnahme ins Alumnat der Anstalt vor denen berücksichtigt werden, die durch solche Möglichkeit schon ohnehin bevorzugt sind. Es gibt 188 Alumnatsplätze; davon sind 140 volle, 24 halbe, 12 Viertelfreistellen. Gewährt wird Unterricht, Wohnung, Verpflegung und ärztliche Behandlung. Anfragen sind an den Rektor der Landesschule zu richten; von ihm können die Aufnahmevorschriften gegen Erstattung der Kosten bezogen werden.

Rechtzeitige Paßbeschaffung. Es kommt immer wieder vor, daß Pässe erst kurz vor Antritt der Reise, womöglich am Reisetage selbst, beantragt werden. Nun nehmen aber die zur Anfertigung eines Passes notwendigen behördlichen Prüfungen in der Regel drei bis vier Tage in Anspruch, so daß jeder, der sich nicht mindestens auf eine solche Frist einrichtet, Gefahr läuft, seinen Paß nicht rechtzeitig zu erhalten. Alles gern gezeigte Entgegenkommen der Behörde ist nicht imstande, die Versäumnis des Antragstellers wieder gut zu machen. Da jeder Paß mindestens ein Jahr lang gilt, täte jeder, der die Möglichkeit des Gebrauches eines Passes einigermaßen übersehen kann, gut, nicht erst den Zeitpunkt des eintretenden Bedarfs abzuwarten, sondern sich auch ohne besonderen Anlaß einen Paß zu verschaffen. Bei den heutigen Verhältnissen ist es zudem, namentlich in den Großstädten nur von Vorteil, wenn man ein solches Ausweispapier für alle Fälle bei sich trägt. Die Unkosten für einen solchen Paß sind nicht so erheblich, daß sie nicht die Annehmlichkeiten seines Besitzes aufwiegen würden.

Neuerungen im Schlichtungswesen. Am 1. Januar 1924 ist die Neuregelung des Schlichtungswesens auf Grund der Verordnung über das Schlichtungswesen vom 30. Oktober 1923 in Kraft getreten. Damit geht die Schlichtung der arbeitsrechtlichen Gesamtvereinbarungen, also der Streitigkeiten aus den Tarifverträgen, Betriebsvereinbarungen und Arbeitsordnungen auf die neugebildeten Schlichtungsausschüsse, in wichtigen Fällen auf die Schlichter über. Alle sonstigen bisher von den Schlichtungsausschüssen, Gewerbeaufsichts- und Bergrevierbeamten sowie den Bezirksausschüssen entschiedenen arbeitsrechtlichen Streitigkeiten insbesondere die wichtigen Kündigungsstreitigkeiten aus § 84, Betriebsratsabsetzungs- und Auflösungsstreitigkeiten aus § 39 und die die Wahlen, Geschäftsführung usw. der Betriebsvertretungen betreffenden Streitigkeiten aus § 93 des Betriebsrätegesetzes werden künftig von den Arbeitsgerichten entschieden. Die Durchführung der neuen Organisation ist in Preußen, wie der Minister für Handel und Gewerbe mitteilt, im wesentlichen in die Hände der Regierungspräsidenten gelegt, bei denen die Interessenten den Sitz und Bezirk ihres zuständigen Schlichtungsausschusses und Schlichter (die Schlichter dürften in den nächsten Tagen vom Reichsarbeitsminister ernannt werden) erfahren können.

In der Hand der Schlichter liegt — abgesehen von ihrer schlichtenden Tätigkeit in wichtigen Fällen — künftig auch die bisher den Demobilmachungskommissaren obliegende Entscheidung über Anträge auf Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen der Schlichtungsausschüsse, soweit die fragliche Gesamtvereinbarung in ihrem Bezirk Geltung hat; ragt der Geltungsbereich, wie vor allem bei Reichstarifen, über das Gebiet eines Schlichters hinaus, so ist, wie schon bisher, der Reichsarbeitsminister für die Verbindlichkeitserklärung zuständig. Als Arbeitsgericht dienen die Gewerbe- und Kaufmannsgerichte und wo solche nicht bestehen, besondere arbeitsgerichtliche Kammern der Schlichtungsausschüsse.

Das Verfahren vor den Arbeitsgerichten ist durch die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 10. Dezember 1923 (R. G. Bl. S. 1191) geregelt. Alle künftig vor die Arbeitsgerichte gehörigen Streitigkeiten sind, soweit sie am 31. Dezember 1923 vor den Schlichtungsausschüssen usw. noch nicht abgeschlossen sind, binnen zwei Wochen bei dem zuständigen Arbeitsgericht erneut anhängig zu machen andernfalls geht der Berechtigte seines Anspruchs verlustig.

Der Landesverband der Kinderreichen Anhalt - Sachsen - Thüringen konnte in seiner Jahreshauptversammlung als Erfolge seines Daseins und der Tätigkeit des Landsverbandes folgendes buchen: Frauen- und Kinderzulagen Soziallohn; Steuerermäßigungen; Ermäßigung des Schulgeldes (Fortbildungsschulen, Berufsschulen, Akademien, Universitäten usw. einbegriffen) für das zweite Kind um ein Zehntel, das dritte um die Hälfte, jedes weitere frei Ermäßigung der Schülerfahrkarten (auch einzelne Reisen zwischen der Ausbildungsstätte und dem Vaterhaus) auf ein Viertel des Fahrpreises und für das zweite und weitere Kind wiederum um die Hälfte des ersten Betrages die staatliche Brotbeihilfe für bedürftige Kinderreiche um 30 bis 40 Prozent des jeweiligen Brotpreises. Dem Gesetz zur Aenderung der Bekanntmachung über Maßnahmengegen Wohnungsmangel (Nr. 5967 d. Drucksache 1. Wahlperiode 1922—23) wurde Paragraph 9c letzter Absatz folgende Fassung eingefügt: „Familien mit drei oder mehr in der häuslichen Gemeinschaft lebenden Kindern sind ebenfalls als vorzugsweise zu Berücksichtigende anzusehen.“ Als indirekter Erfolg ist der Zusammenschluß deutscher Ortsgruppen zu 18 Landesverbänden anzusehen. Vier von ihnen geben eigene Zeitungen heraus. Der Kassenbericht des Mittelschullehrers Storost schloß in Einnahme und Ausgabe mit 6 207 264 803 658 Mark. Aus dem Leben der Ortsgruppen Erfurt, Merseburg, Neu-Rössen, Ammendorf, Nordhausen, Weißenfels, Halberstadt, Mühlhausen, Stendal, Gräfenroda, Roßleben, Köthen, Burg bei Magdeburg, Weimar, Greiz und Bennstedt (Mansfeld) konnten die Vorsitzenden im Gegensatz zu dem Aufblühen der Selbsthilfe nur ausnahmsweise von einem verständnisvollen Entgegenkommen der Kommunen berichten. Es wurde als Entschließung angenommen, daß die Ortsgruppen im kommenden Geschäftsjahr ihr besonderes Augenmerk auf eine Besserung in dieser Hinsicht zu richten haben. Weitere Arbeitsziele sind: Sitz und Stimme überall da, wo über die Interessen Kinderreicher beraten wird; Durchführung der Schloßmannschen Steuerformel, bis dahin Erhöhung der Steuernachlässe (Freigrenze); Elternschaftsversicherung als Mutterrente nach dem Storostschen Entwurf, Neuaufbau des Wohnungswesens, des Siedlungswesens und des Wohlfahrts- und Gesundheitswesens nach den Bedürfnissen der Kinderreichen;

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240102-17/fragment/page=0002

Letzte Depeschen

Der Dollar 4200 000 000 000.

Berlin, 2. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Amtlich notierte der Dollar 4 189 500 000—4 210 500 000 bei 15 Prozent Zuteilung.
London 18 154 500—18 245 500 000 000.
Paris 216 458—217 562 000 000.
Amsterdam 1 615 950—1 624 050 000 000.
Schweiz 740 145—743 888 000 000.
Kopenhagen 746 130—748 870 000 000.
Stockholm 1 113 210—1 118 790 000 000.
Prag 123 440—124 060 000 000.
Wien 59 850—60 150 000 000.
Rom 184 538—185 462 000 000.

England bleibt fest!

London, 2. Januar. Der diplomatische Berichterstatter der „Daily News" schreibt zu der neuen Stockung in den Verhandlungen zwischen Groß-Britannien und den französisch-belgischen Behörden über die Kontrolle der Eisenbahnen im englisch besetzten Gebiet, es sei unwahrscheinlich, daß die britischen Behörden den französischen Forderungen nachgeben würden. Die neuen französischen Vorschläge seien daher unannehmbar.

Benesch geht nach London.

London, 2. Januar. Der tschechoslowakische Minister des Aeußeren Dr. Benesch wird gegen Ende des Monats nach der Belgrader Konferenz der kleinen Entente nach London kommen, um die britische Regierung über den französisch-tschechoslowakischen Vertragsentwurf zu informieren.

„Für den Frieden im Ausland".

London, 2. Januar. Der englische Arbeiterführer Thomas erklärte in einer Rede in Derby, in dem Programm einer Arbeiterregierung würden keine törichten Forderungen enthalten sein. Eine Arbeiterregierung würde versuchen, den Frieden im Auslande wieder herzustellen.

Durchführung der Selbsthilfe. Auf die sinngemäße Anwendung der Paragraphen zum Schutze der Kinderreichen vor ungerechtfertigter Entlassung aus Reichs-, Staats-, Kommunal- und Privatbetrieben ist ein besonderes Augenmerk zu richten.

Die Beförderung erholungsbedürftiger Kinder. Durch die umfassende Liebestätigkeit im Ausland werden Tausende von deutschen Kindern freier Aufenthalt in der Schweiz und in Dänemark, in Oesterreich und in Holland gewährt. Einige Schwierigkeit bot die Beförderung dieser Kinder, die nur in Holland und in Oesterreich, und stellenweise in Dänemark gebührenfrei fahren. Auf den deutschen Bahnen werden die Kinder allgemein in der dritten Klasse in D-Zügen befördert gegen eine Gebühr, die einem Viertel des Fahrpreises der vierten Klasse entspricht, so daß die längste dieser Auslandsreisen, von Berlin nach Basel, 4,90 Mark, kostet und auf einen Kilometer ½ Pfennig entfällt. Außerdem hat Reichsverkehrsminister Oeser in einem besonderen Erlaß auf die entgegenkommende Behandlung reisender Ferienkinder hingewiesen: „Der Beförderung erholungsbedürftiger Kinder ist besondere Sorgfalt und Aufmerksamkeit zuzuwenden; es sollen dafür nur bequeme und für den Zweck besonders geeignete Wagen verwendet werden, die sich in durchaus einwandfreiem Zustande befinden. Für die Sammlung der Kinder auf den Ausgangsbahnhöfen sowie für das Umsteigen auf den Unterwegsstationen sind geeignete Räume bereitzuhalten. Auch soll bei der Unterbringung und beim Umsteigen wirksame Unterstützung geleistet und den Führern und Helfern an die Hand gegangen werden."

Bruderhilfe aus Amerika. Nach der schwedischen Samariterhilfe und der des Schweizer Kirchenbund ist nun auch das amerikanische Hilfswerk neuerdings organisiert worden. Nachdem die Quäkerspeisungen und die Evangelische Synode, die Dr. Krusius-Halle vertritt, viel Segen gestiftet haben, hat sich jetzt das Hilfswerk des National-Lutherischen Konzils in Amerika der deutschen Not besonders angenommen. In diesem Konzil sind neben den deutschen auch die skandinavischen und englisch redenden Lutheraner vertreten. Vorsitzender ist der bekannte Professor D. Morehead. An der Spitze der deutschen Organisation steht der Hilfsausschuß des National-Lutherischen Konzils in Leipzig, für die Provinz Sachsen ist Vertrauensmann Superintendent Koegel-Beetzendorf (Altm.) Von hier aus werden die Liebesgaben in Geld, Lebensmitteln oder Kleidungsstücken den Empfängern zugestellt. Zur Unterstützung der Volksspeisungen sollen in großzügiger Weise Lebensmittel durch die ev.-luth. Pfarrämter oder die Anstalten der J. M. verteilt werden.

Merseburger Filmschau.

Kammerlichtspiele. Wer die Zeit der jüngsten russischen Revolution, der brutalen Bolschewistenherrschaft und die Schrecken der Hunger-Epidemie miterleben will, dem empfehlen wir einen Besuch der Kammerlichtspiele. „Der Todesreigen" betitelt sich dieser 6aktige Film, welcher in wunderbaren Aufnahmen das Leben der russischen Gesellschaft zeigt. Als dann die von den Bolschewisten entfachte Revolution ausbrach, war es mit Wohlstand und Frieden vorbei. Unter der Schreckensherrschaft der Bolschewisten tanzte der Sensenmann einen wahren „Todesreigen". Millionen Menschen mußten anstatt Brot und Frieden den Hungertod hinnehmen. Ergreifender und packender kann wohl kein Film wirken, wie der obengenannte. Wer den „Todesreigen" gesehen hat, wird gern auf eine deutsche Räterepublik verzichten. — Als Beiprogramm läuft das äußerst amüsante 2-Akter-Lustspiel „Die Flucht vor der Liebe". Auch bei der Herstellung dieses Films hat die Regie etwas vorzügliches, die Lachmuskeln herausforderndes geschaffen. Wir können daher einen Besuch der Kammerlichtspiele nur angelegentlichst empfehlen. B—e.

Union-Theater. „Das rollende Schicksal" nennt sich der bis Freitag im U.-T. laufende Film. Er ist einer jener vielen Filme, denen ein oft angewandtes Motiv zugrunde liegt, deren Handlung sich aber auf einer hohen moralischen Stufe bewegt und dadurch einen ethischen Wert darstellt. Im Vordergrund stehen zwei ideale Naturen, Kunstmaler und Arzt, die beide Großes im Auge haben: Neue Richtung in Kunst — Herstellung eines neuen Mittels zur Bekämpfung von Unterernährungskrankheiten. Welche Wege sie hierzu wählen und wie das Schicksal unerbittlich über sie hinwegrollt, zeigt der Film in eindrucksvoller Weise. Endlich führen auch schwere Schicksalsschläge gute Wendungen herbei und so sehen wir zum Schluß wahre Menschenliebe triumphieren. — Ein interessanter Film „Das Erdbeben in Japan" bringt uns Bilder von Tokio vor und nach dem Erdbeben im September vorigen Jahres. — Der amerikanische Grotesk-Komiker Harald Lloyd sorgt in zwei „Er-Lustspielen" mit immer wieder neuen Einfällen für ausreichende Belustigung des Publikums. M—r.

*

Burgliebenau, 2. Januar. (Die Eisernte) ist seit Sonnabend auf Zechen im Ueberschwemmungsgebiete der Elster, Luppe und Saale im Gange. Eine Anzahl Wagen befördern die glitzernden Massen, welche von Arbeitern am Ufer in Gestalt größerer Schollen auf das Trockene gezogen und hier in handliche Stücke zerschlagen werden, nach ihren Bestimmungsorten, wo sie in Kellern oder in besonders zum Aufbewahren hergerichteten Räume zu kleinen Eisbergen. aufgeschichtet werden und rechtzeitig auch in Privathaushaltungen zweckdienliche Verwendung finden. Die Eisernte verschafft alljährlich verschiedenen Leuten Arbeit und Verdienst. — (Unfall.) Schwer zu Schaden kam im bergmännischen Betriebe der Baggerführer Möbius von hier, indem er mit einem Azetylenapparate zu Falle kam, wodurch eine Explosion erfolgte und er eine schwere Armverletzung erlitt, welche seine sofortige Ueberführung zum Arzt erforderlich machte; hier wurde eine Armbruch festgestellt.

Döllnitz, 2. Januar. (Vom Zehnstundentag.) Der Belegschaft auf den Riebeckschen Montanwerken war durch Aushang gekündigt worden; doch könne jeder die Arbeit wieder aufnehmen, wenn er sich für den Zehnstundentag entscheide. Sicherem Vernehmen nach hat die Belegschaft durch Unterschrift den Zehnstundentag anerkannt.

Aus der Elster- und Luppenaue, 2. Januar. (Treibeis.) Infolge der tieferen Temperatur führen die Weiße Elster und Luppe seit einigen Tagen Treibeis, welches sich an den Uferrändern festsetzt unddie Flüsse deshalb zuzufrieren beginnen. An Stellen, an denen der Flußlauf wenig Fall hat, überbrückt auch bereits eine Eisdecke die Oberfläche. An ein völliges Zufrieren ist jedoch bei der jetzigen Temperatur noch nicht zu denken, dazu gehört anhaltende strengere Kälte, wie sie während der Winter 1870/71 und 1916/17 eintrat. Es finden sich bei dem teilweise starken Fall der Flüsse und deshalb reißenden Laufe derselben immer noch offene Stellen inmitten des Flußbettes, welche für allerhand Wassergeflügel, das sich hier tummelt, einen Lieblingsaufenthalt gewähren. Besonders Wildenten finden sich zahlreich ein und suchen nach Nahrung. Selten gelingt es jedoch dem Jäger, Beute zu machen, da sich das Wild beim Nahen von Menschen meist rechtzeitig in Sicherheit bringt.

Aus dem Elstertal, 2. Januar. (Ein Jagdkurisum) ereignete sich kürzlich bei einer Treibjagd im Auengelände. Schon schloß sich die Schützenkette enger zusammen, da wurde ein Jäger auf einen Hasen im Lager aufmerksam gemacht und plautz krachte ein Schuß, Lampe richtete sich nicht mehr. Der Treiber wurde nun aufgefordert, den Hasen zu holen. Verwundert stand derselbe und folgte der Aufforderung nicht. Als nun der Junge zurechtweisende Worte erhielt, erscholl aus seinem Munde: „Der ist ja angelegt." Gelächter folgte. In einer Schlinge war Lampe gefangen gewesen und hatte nun obendrein, obwohl er schon längst sein Leben ausgehaucht hatte, noch eine Schrotladung bekommen.

Lochau, 2. Januar. (Weihnachtsbescherung.) Die hiesige Ortsgruppe des Stahlhelm hatte es sich nicht nehmen lassen, den Kriegsveteranen von 1864, 1866 und 1870/71, deren noch fünf bedürftige hier am Leben sind und dem Kriegerverein angehören, eine recht sinnige Weihnachtsfreude zu bereiten. Mit allerhand nützlichen und für das Leben wichtigen Geschenken, Mehl, Zucker, Brot, geräucherten Fleischwaren wurden dieselben bedacht und in manches Haus kehrte wahre Weihnachtsfreude ein, welche sonst wohl unterblieben wäre.

Aus Provinz und Reich

Eisleben, 1. Januar. (Vorkriegsarbeitszeit.) Das Schiedsgericht, dem die Frage der Arbeitszeitverlängerung auf den Werken der Mansfeld A.-G. unterbreitet werden sollte, hat in Halle getagt und den Spruch gefällt, daß bei der Mansfeld A.-G. die Vorkriegsarbeit wieder einzuführen ist. Entlohnung sowie Aufrechterhaltung des Tarifvertrages sollen durch Verhandlungen zwischen den Parteien, gegebenenfalls durch ein Schiedsgericht des Reichsarbeitsministeriums geregelt werden.

Eisleben, 1. Januar. (Zusammenschluß.) Die bisherigen Sparkassen des Mansfelder Saalkreises, des Mansfelder Gebirgskreises und der Stadt Hettstedt haben sich mit Wirkung vom 1. Januar ab zu einem Zweckverband zusammengeschlossen unter der Firma „Verbands-Sparkasse mit Bankabteilung der Mansfelder Kreise und Städte Eisleben, Mansfeld und Hettstedt". Zweiganstalten wurden errichtet in Alsleben, Gerbstadt, Helbra, Oberröblingen (See), Schraplau, Schwittersdorf, Teutschental, Wanzleben, Wippra und Zappendorf.

Zeitz, 1. Januar. (Jubiläum.) Das weit über die Grenzen unserer Stadt bestens bekannte Bankhaus Kühne u. Ernesti, gegründet von den Herren Albert Kühne und Hermann Ernesti, feierte heute sein 50jähriges Geschäftsjubiläum.

Handel und Verkehr.

Devisenmarkt.

Berlin 31. Dezember. Die letzte Devisenbörse des abgelaufenen Jahres brachte ein außerordentlich stilles Geschäft. Flau liegt neuerdings (auch im Auslande) Preis. Goldanleihe und Dollarschätze zeigen keine Veränderung. Polennoten 565—595 000, Oesterreicher 57 855—58 145 000.

Effektenbörse.

Berlin 31. Dezember. Das Jahr 1923 schloß am Effektenmarkt bei sehr stillem Geschäft in unentschiedener und unterschiedlicher Tendenz. Im allgemeinen hat sich der Kursstand nicht erheblich verändert.

Am Montanmarkt war die Haltung überwiegend schwächer, insbesondere Kattowitzer minus 6, Stollberger Zink minus 3¾., Höher eröffneten u. a. Hösch plus 2,5, Gelsenkirchener und Harpener je plus 1. Später gaben schlesische Zink um 5 Bill. Proz. nach. Am Kalimarkt Deutsche Kali mit plus 2 Bill. Proz. etwas erholt, dagegen Aschersleben und Westeregeln minus 4 bezw. 5 Bill. Proz. Unter den chemischen Werten waren nur wenige nennenswert verändert, namentlich Scheidemantel plus 7 und Oberkoks plus 5. Schwächer Goldschmidt minus 3 Bill. Proz. Am Elektromarkt ebenfalls nur geringe Schwankungen. Elektrische Lieferungen 4 Bill. Proz., Akkumulatoren plus 3 und Siemens & Halske plus 1. Schwächer Felten & Guilleaume minus 3 und elektrische Unternehmungen minus 2 Bill. Proz. Am Waggonmarkt Buschwaggon plus 1 und Hannoversche Waggon mit minus 1 etwas bewegt. Fast unverändert eröffnete der Metall- und Maschinenmarkt. Mit Ausnahme von Hirsch-Kupfer und Ludwig Löwe je minus 3, Böhler minus 2 und Berlin Karlsruher Industrie mit plus 2 Bill. Proz. gingen die Kursgewinne und Kursverluste über 1 Bill. Proz. nicht hinaus. Unter den Textilwerten Nordwolle plus 2 Bill. Proz. dagegen Stöhr minus 5 und Hammersen minus 1,5 Bill. Proz. Unter den verschiedenen Werten Deutschatlantische Telegraph plus 4,5, Otavia plus 4,5 Bill. Proz. Größere Rückgänge zeigten Petroleumwerte, namentlich deutsche Erdöl minus 8 Bill. Prozent.

Ausländische Renten lagen uneinheitlich bei geringem Geschäft. Behauptet waren demgegenüber Deutsche Renten. Die 5prozentige Reichsanleihe eröffnete mit einem Kurs von 50 Milliarden Prozent. Gesteigert die 3proz. Reichsanleihe um 30, die 3½proz. Reichsanleihe um 40 Proz. und die 3proz. Reichsanleihe um 250 Milliarden Prozent. Fester preuß. Konsols und zwar die 4proz. plus 45, die 3½proz. plus 15, die 3proz. plus 5 Milliarden Prozent.

An der Nachbörse vorübergehend leichte Befestigung. Gesteigert waren besonders sämtliche Aktien deutscher Klein- und Straßenbahnen, u. a. Hannoversche Straßenbahn 24, Hamburger Hochbahn 12,5

Kassamarkt leicht befestigt bei stillem Geschäft.

Der Geldmarkt zeigte keine wesentlichen Veränderungen. Der durchschnittliche Leihsatz betrug ½—1 Prozent.

Unnotierte Werte: Adler Kohle 16 000; Becker Kohle 12—13 000; Becker Stahl 10 500—11 500; Benz 4000; Berl.-Halberst. Ind.-W. 500; Elitewagen 500; El. Osmose Leder 1100; Grade Auto 500; Grade Motoren 2500; Gummiwerke Elbe 17 500; Hochfrequenz 15 000; Kabel Rheydt 16 000; Meurer Spritzmetall 900—1000; Muldenthal 300; Nienburger Eisen 11 000; Oswald Film 600—625; Schebera 1750; J. Sichel 7500—8500; Stock & Kopp 1200; Stoewer Auto 4500; Textil Meyer 700; Thüringer Uhren 2500; Ufa Film 4250; Ver. Zeitzer 8000—9000; Wer.-Metall 600—700; Krügershall 11 500; Hannoversche Kali 21 000; Ummendorf-Eilsleben 3000—3250; Kaoko 1100; Sloman-Salpeter 9500; Südsee-Phosphat 14 000; Diamond 15 500—16 000; Salitrerd 230 000; Deutsche Petrol 19 000.

Die Verordnung über Goldbilanz.

Auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 8. Dezember 1923 ist gestern nach Anhörung der Ausschüsse des Reichsrats und des Reichstages die Verordnung über Goldbilanzen veröffentlicht worden.

Die Eröffnungsbilanz ist von den hierzu Verpflichteten zu ziehen vom 1. Januar ab, oder, falls das Geschäftsjahr zu einem späteren Zeitpunkt beginnt mit diesem. Als Goldmark gilt der Gegenwert von 10/49 des nordamerikanischen Dollars. Maßgebend für die Aufstellung der Bilanz sind die diesbezüglichen Vorschriften des Handelsgesetzbuches Die Bewertung von Vermögensgegenständen mit einem höheren Werte als dem Anschaffungs- oder Herstellungspreis ist zulässig. Für die Jahresbilanzen gelten die in der Eröffnungsbilanz eingesetzten Werte als Anschaffungs- oder Herstellungspreise.

Uebersteigt bei Aktiengesellschaften, Kommanditgesellschaften auf Aktien oder Gesellschaften mit beschränkter Haftung das bei der Aufstellung der Eröffnungsbilanz nach Abzug der Schulden sich ergebende Vermögen den Betrag des Grundkapitals oder des Stammkapitals (Eigenkapital), so ist in der Bilanz entweder der Ueberschuß als Reserve einzustellen oder der Betrag des Eigenkapitals entsprechend heraufzusetzen. Uebersteigt der Betrag des Eigenkapitals das bei der Aufstellung der Eröffnungsbilanz nach Abzug der Schulden sich ergebende Vermögen, so ist entweder der Unterschied als Kapitalentwertungskonto unter die Aktiven einzustellen oder das Vermögen durch neue Einlagen bis zur Höhe des Betrages des Eigenkapitals zu vermehren.

Das Kapitalentwertungskonto darf nicht höher sein als neun Zehntel des Betrags des Eigenkapitals. Die Gesellschaft ist verpflichtet, das Kapitalentwertungskonto innerhalb von drei Geschäftsjahren auszugleichen. Zur Tilgung sind der vorhandene Reservefonds sowie die Beträge zu verwenden, die gemäß § 262 des Handelsgesetzbuches in den Reservefonds einzustellen wären; eine Verteilung von Gewinnen ist unzulässig, solange ein Kapitalentwertungskonto besteht. Die Durchführung des Ausgleichs ist dem Gericht anzuzeigen.

Nach der Umstellung muß der Betrag des Eigenkapitals einer Aktiengesellschaft oder einer Kommanditgesellschaft auf Aktien mindestens 5000 Goldmark das Eigenkapital einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung mindestens 500 Goldmark betragen. Die Aktien müssen auf mindestens 100 und die Stammeinlagen bei einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung auf mindestens 50 Goldmark gestellt werden.

Im übrigen enthält die Verordnung über Goldbilanzen nähere Bestimmungen über das Prüfungsrecht des Aufsichtsrats und der Generalversammlung, von denen die letztere die Bestellung von Revisoren zur Prüfung der Eröffnungsbilanz oder des Hergangs der Umstellung beschließen kann.

Produktenmarkt.

Berlin, 11. Dezember. Die feste Tendenz am Getreide- und Produktenmarkt machte heute weitere Fortschritte. Die Nachfrage nach Roggen war nicht voll zu befriedigen, auch Mehl war lebhaft zu höheren Preisen gefragt. (Nichtamtlich, Preise je Zentner ab Station). Drahtgepr. Roggen- und Weizenstroh 0,60—0,70, do. Haferstroh 0,50—0,60, do. Gerstenstroh 0,50—0,60, Roggenlangstroh 0,40 bindfadengepr. Roggen- und Weizenstroh 0,40, handelsübl. Heu 1,10—1,20, gutes Heu 1,30—1,50 Goldmark.

Mittagsbörse. Amtlich wurden notiert für Getreide und Oelsaaten pro 1000 Kg sonst pro 100 Kg in Goldmark der Goldanleihe oder in Rentenmark. Weizen, märk. 166 bis 168, Roggen, märk. 145—147, Sommergerste 163 bis 168, Hafer, märk. 128—134, westpr. 120—122, Weizenmehl pro 100 Kg frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 25,50—28,50, Roggenmehl 24 bis 26,50, Weizenkleie frei Berlin 8, Roggenkleie 7,60—7,70, Raps 265, Viktoriaerbsen 38—40, kleine Speiseerbsen 19 bis 22. Peluschken 14—15, Ackerbohnen 12—14, Wicken 15—16, Lupinen, blaue 13—15, gelbe 14—16, Serradella 16,50—18, Rapskuchen 11,50—11,75, Trockenschnitzel 8 bis 8,20, Torfmelasse 30/70 8—8,25, Kartoffelflocken 17—17 50

Leipziger Schlachtviehmarkt vom 31. Dezember.

Auftrieb: 300 Rinder (56 Ochsen, 63 Bullen, 42 Kalben, 139 Kühe), 275 Kälber, 279 Schafe, 1071 Schweine, zus. 1905. Außerdem von Fleischern 48 Rinder, 64 Kälber, 55 Schafe und 107 Schweine selbst zugeführt. Preise für 50 Kg Lebendgewicht in Goldmark: Ochsen: 1. Kl. 50—56 Mark, 2. Kl. 38—50 Mark, 3. Kl. 28—38 Mark., Bullen: 1. 45—50; 2. 38—45; 3. 28—38. Kühe: 1. (Kalben) 50—55: 2. 50—55; 3. 38—50: 4. 28—38; 5. 15—28. Kälber: 1. —; 2. 80—88; 3. 65—80; 4. 40—65. Schafe: 1. 55—60: 2. 40—55; 3. 20—40. Schweine: 1. 80—85: 2. 80—90; 3. 70—80; 4. 55—70; 5. 55—70. Geschäftsgang: Rinder langsam; Kälber, Schafe und Schweine, mittelmäßig. Ueberstand: 46 Rinder, davon 17 Ochsen, 5 Bullen 7 Kalben, 17 Kühe, 40 Schweine. — Die Stallpreise müssen, entsprechend der Notiz vom vorigen Markt, je nach Qualität, für Rinder 20 Prozent, für Kälber und Schafe 18 Prozent und für Schweine 16 Prozent darunter liegen.

Berliner Metallpreise.

werden jetzt wieder nach langer Pause notiert. Am 31. 12. galt Raff. Kupfer (je Kg in Bill. Mk.) 1,05—1,10, Weichblei 0,52—0,54, Rohzink 0,57—0,59, Aluminium 2, Bancazinn 4,35—4,45, Reinmetall 2 30—2,40, Barrensilber (ca. 900 f.) 85—86.

Verantwortliche Redaktion: Politik, örtl. und prov. Teil: K. Hennemeyer — Sport: A. Rank — Anzeigen: A. Rank. — Druck und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Baltz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240102-17/fragment/page=0003

Durch Kampf zum Sieg.

Roman von Erich Ebenstein.

6] Nachdruck verboten.

In der Haustüre wird ein altes, grauhaariges Weib sichtbar. Einen Augenblick bleibt sie kopfschüttelnd stehen, die nackten, sehnigen Arme schlaff herabhängend, und denkt: „Was er nur hat seit gestern, daß er alleweil so umeinander geht und vor sich hinschaut, als müßt er den gestrigen Tag suchen! Wo er doch sonst immer der erste und letzte bei der Arbeit war! Schier ängstlich konnts einem werden . . .“

Dann ruft sie laut hinab: „Essen gehen! Habt's denn nit elf läuten hören? Die Knechte fangen schon's Vaterunser an zu beten!“

Heidrich fährt auf wie aus einem Traum.

„Schon?“ murmelt er. Dann nimmt er die kleine Beva an der Hand und beginnt lachend mit ihr den Hang hinauf zu laufen.

Am Nachmittag, während die alte Wabi mit Beva zu ihrer einzigen Busenfreundin, der alten Gralin, hinaufsteigt, um dieser den lang versprochenen Salatsamen zu bringen, kommt der Herr Pfarrer in die Mühle.

Er kommt von rückwärts durch den Wald, wandelt behaglich den Fußsteig längs der Mühlquelle hin bis zu dem immer offen stehenden Mauerpförtchen des Hofes.

Alles ist sauber, zweckmäßig und wohlgeordnet. Im offenen Schuppen die Wagen, Pflüge und Eggen, daneben die Ställe, der neuerbaute Schweinekoben und Wabis Stolz: der Hühnerstall, der wie eine kleine Burg aussieht. Das Wohnhaus ist rosenrot getünscht, hat grüne Jalousien und an den etwas größer als sonst üblichen Fenstern stehen schon die glücklich überwinterten Blumenstöcke. Die Mühle wird nicht durch Dampf, sondern von fröhlich rauschenden Wassern getrieben, ihr moosbewachsenes Dach steht steil über altersgrauen Steinmauern, und in dem großen Tor an der Front hängen noch dieselben gekerbten Flügel aus Eichenholz mit eisernen Beschlägen, wie sie einst ein Heidrich nach der Türkenzeit dort hat anbringen lassen.

„Sauber, wirklich sauber hat er alles beinand,“ denkt der Pfarrer, während sein Blick das ganze Anwesen umfaßt. „Wäre schade, wenn er der letzte Heidrich bliebe und alles durch die Beverl einmal weiß Gott an was für einen fremden Menschen käme. Aber er ist ja noch jung — kaum fünfunddreißig — da kanns noch anders werden. Tät ihm eine recht Brave wünschen . . .“

In diesen Gedanken steigt der hochwürdige Herr gemächlich das Treppleln hinab und nähert sich dem Haus.

„Der Müller daheim?“ fragt er die Küchenmagd, die im Flur Holzzeug abreibt.

„Wohl, wohl — in der Stuben drin.“

Heidrich sitzt am Fenster und bastelt an einem kleinen Leiterwagen herum, den Beverl gestern zerbrochen hat.

„Schöne Sachen macht mir“, damit begrüßte der alte Herr sein Pfarrkind. „Komme mich halt zu bedanken, daß du mir die Gemeinde jetzt ohne Bürgermeister laßt, wo sie n' notwendiger braucht als jemals. Aber ich sag dirs gleich, Heidrich: ich laß es nit gelten. Bürgermeister bist einmal und das bleibst mir jetzt erst recht, verstanden? Ins Unglück treibst mir sonst die Friedleitner! Verstanden? Ja, warum redest denn kein Wort?“

Um Heidrichs Lippen spielt ein kleines Lächeln.

„Nix für ungut, Hochwürden, aber Sie haben mir ja noch gar nit Zeit gelassen zum reden!“

„So? Na, ich hab dir doch erst meine Meinung sagen müssen“, lenkte der Pfarrer ein. „Aber jetzt rede halt du!“

Da setzt ihm Heidrich die Gründe seiner Handlungsweise auseinander. Er schließt mit den Worten: „Und so stehts zwischen der Gemeinde und mir. Bürgermeister kann ich nur sein, wenn sie das alte Vertrauen zu mir haben. So habe ich mir halt vorgenommen, gleich nach Kirchweih eine Sitzung einzuberufen und in aller Form die Geschäfte meinem Stellvertreter zu übergeben. Der soll die Neuwahl ausschreiben — — —“

„Das wirst nit tun, Waldmüller! Denn dein Stellvertreter ist ja gerade der Zeetsch, und gibst dem die Zügel in die Hand, nachher hast ausgespielt und er treibt den Wagen gerad da hinein, wo's nicht sein darf: in Unfrieden und Prozeß, und dann geht uns alles zugrund!“

„Kann sein. Aber zurück kann ich jetzt gar nimmer . . .“

„Unsinn! Hast du schriftlich verzichtet? Oder in amtlicher Sitzung? Nein! Im Wirtshaus! Im Zorn! Das hat nicht die geringste Gültigkeit. Dich hat die Behörde bestätigt, deine Wahl reicht noch lange und kein anderer als du ist Bürgermeister. Dem Zeetsch ist nicht zu trauen, und du darfst die Gemeinde jetzt nicht im Stich lassen.“

„Wohl“, murmelt er beklommen, „wohl, da darf ich nit an mich denken.“

Der Pfarrer reicht ihm die Hand über den Tisch hinüber, in welche Heidrich die seine legt.

„Rechtschaffen brav bist, Heidrich, daß du jetzt nur an die Gemeinde denkst und mir helfen willst, sie zur Vernunft zu bringen. Werden doch noch etliche Besonnene sein in Friedleiten, die uns beistehen werden.“

Heidrich blickt etwas unsicher in das behäbige Gesicht seines Gegenübers.

„Wollens hoffen, Hochwürden. Aber ich fürcht schier, wenn unser Herrgott nit auch ein Wörtel drein redet, wird's schwer sein, jetzt in Friedleiten die Oberhand zu kriegen.“

Am Abend, als Wabi heimkommt — sie war nach dem Besuch am Gralhof noch im Dorf unten beim Kaufmann —, sieht ihr Gesicht unheimlich finster aus. Fast wild rumort sie draußen in der Küche mit Töpfen und Pfannen herum. Während die Leute essen, ist Wabi unsichtbar. Erst spät abends, als alles bis auf den Hausherrn schon zu Bett gegangen ist, steht sie plötzlich wie aus der Erde gewachsen vor dem Müller und sagt mit funkelnden Augen: „Derf etns vielleicht fragen, Müller, warum's Eure Hausleut von fremden Leuten erfahren müssen, daß Ihr nimmer Bürgermeister seid?“

Heidrich blickt verwundert in das alte, verrunzelte Weibergesicht. Seine Gedanken waren weit in die Zukunft auf Wanderschaft gegangen, und Wabis Frage reißt ihn jäh zur Wirklichkeit zurück. Jetzt spielt ein kleines Lächeln um seinen Mund.

„Ja so — das meinst, was gestern im Deichwirtshaus geredet ist worden? Ist nimmer wahr, Wabi. Morgen nehme ich zurück vor der Gemeinde, Bürgermeister bleib ich.“

Die Alte sieht ihn starr an.

„Wär schon recht. Aber ob sie Euch nur noch mögen? Schlimme Reden gehen um über Euch, Müller . . . Dürft sie nicht sitzen lassen auf Euch. Ganz Friedleiten schwört, daß Ihr Euch habt bezahlen lassen von der Herrschaft in Weyersau dafür . . . daß Ihr nix „gewußt“ habt von der Pachtausschreibung!“

„Wabi!“ ruft Heidrich aufspringend, während ihm die Zornesröte bis an die krausen, dunklen Haare steigt. „Wer dürfte . . . wer kann sich unterstehen . . .“

(Fortsetzung folgt.)

Statt Karten.

Kurt Herzog
Gretel Herzog
geb. Jaehnert
Vermählte

Neujahr 1924.

Kirchliche Nachrichten.

Dom. Getauft: Werner, S. d. Handelsm. Herm. Peege; Margarete, T. d. Pol.-Betr.-Ass. Otto Zorn; Ilse, T. d. Oberl. Gust. Heilmann. — Getraut: d. Wirtschaftsgehilfe Kurt Weber u. Frau Frieda geb. Rudolph; d. Prokurist Kurt Herzog u. Frau Margarete geb. Jaehnert. — Beerdigt: Charlotte Tänzer, T. d. Maurers Willi Tänzer

Stadt. Getauft: Elli, T. d. Grubenarbeit. Ritter. — Beerdigt: d. Kaufm. Funke; d. Wwe. Weniger.

Altenburg. Getauft: Herbert, S. d. Barkalkulat. Barthel; Karl-Heinz, S. d. Masch. Henn; Willi, S. d. Arb. Unger; Erika, T. d. Forstassessors Schedite; Gertraude, T. d. Reg.-Oberl. Sachse; Barbara, T. d. Fabrikbes. Dietrich. — Beerdigt: die Ehefrau d. Buchbinders Föst.

Familien-Nachrichten.

Verlobt. Martchen Loricke mit Erich Singer, Schkeuditz-Leipzig—Weitmar-Bochum; Elisabeth Lang mit Martin Naumann, Zarandt—Heringen; Charlotte Hädrich mit Walter Abitzsch, Schkeuditz; Hildegard Horn mit Heinr. Eichenauer, Querfurt; Hilda Becker mit Curt Kolbe, Lodersleben.

Gestorben. Franz Rothe, Lützen; Otto Meißner, 59 J., Weißenfels; Berta verw. Bach, Weißenfels; Gottlob Lange, Schkopau; Marie Blaschke, 58 J., Merseburg.

Jg. Ehepaar sucht
1–2 möbl. Zimmer
in besserem Hause. Ang. unt. 453/23 an die Exp. d. Bl. erbeten.

Stadttheater Halle.

Mittwoch, abds. 7½ Uhr
Die lustig. Weiber von Windsor.
Oper von Nicolai. (Nach dem gleichnamigen Lustspiel W. Shakespeare's.

Donnerstag, abds. 7½ Uhr:
Minnav. Barnhelm
oder Das Soldatenglück.
Lustspiel in 5 Aufzügen v. G. E. Lessing.

Freitag, abds. 7½ Uhr:
Menschenfreunde
Schauspiel v. R. Dehmel

Sonnabend, abds. 7½ Uhr:
Die lustig. Weiber von Windsor.
Oper von Nicolai. (Nach dem gleichnamigen Lustspiel W. Shakesp eare's

Holländer Käse
garant. vollfett, eigen. Fabrikat, das Pfund 1,50 Mk., portofrei geg. Nachn. versendet
Wilkens, Käsereien,
Eutin (Schleswig-Holstein)

Anst. Ehepaar o. K. sucht
1 od. 2 möbl. Zimm
m. Kochgel. Offert. unt. 700/24 an die Filiale Gotthardtstr.

Einf. möbl. Zimmer
von jungem Mann sogleich gesucht. Wäsche vorhand. Offert. unt. Z. B an die Exped. d. Bl. erbeten.

Ehepaar ohne Kinder sucht per sofort ein bis zwei einfach möblierte
Zimmer.
Wäsche, Betten und Kohlen werden gestellt. Off. unt. E. N. 306 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Ab 3. Januar 1924
kommt mein beliebtes
„Bockbier“
zum Ausstoß.
Stadtbrauerei F. Oettler,
Weißenfels.
Niederlage Merseburg, Tel. 590.

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen und
einzelne Möbel jeder Art
empfiehlt in großer Auswahl
G. Schaible
Möbelfabrik
Halle-S., Gr. Märkerstr. 20
im Ratskeller.

Kristallkrone
(e'), 9 flammig geg. Speck, Wurst und Fett einzutauschen gesucht. Angebote an d. Exp. Hälterstraße 4.

Damenräder
m. Frlf., pr. Gummi, 1 Jahr Garantie! 100 Gold-M.
Schmidt, Leipzig,
Klostergasse 16. Tel. 29433.

Goldbuchführung.
Jeder Kaufmann muß heute in seinen Büchern
Goldwert und Papierzahlung
nebeneinander führen. Ohne solche Anordnung ist nicht mehr auszukommen.
Wir liefern in kürzester Frist
Geschäftsbücher mit Gold- und Papier-Kolonnen
in allen gewünschten Ausführungen und Liniaturen.
Probeblätter und Mustereinbände
können in unserer Zweiggeschäftsstelle Gotthardtstraße 38 eingesehen und bestellt werden.
Auf Wunsch Vertreterbesuch.
Merseburger Druck- und Verlagsanstalt
L. Baltz
Merseburger Tageblatt (Kreisblatt).

Wer tauscht?
5 bis 6-Zimmerwohnung in Merseburg gegen 4 bis 5-Zimmerwohnung in schöner Lage in Eisenach, Halle, Leipzig oder Berlin. Offerten unter 45x/23 an die Exp. d. Bl.

Ein freundlich
möbl. Zimmer
gegen gute Bezahlung zu mieten gesucht. Wäsche wird gestellt. Ang. unter „Typo“ an die Filiale, Gotthardtstraße, erbeten.

Buchführungs-Arbeiten
Einrichtung, Weiterführung und Ueberwachung Jahresabschlüsse und Aufstellung von
Goldmarkbilanzen.
— — Steuerberatungen. — —
C. E. Sennewald, Telefon 724.

Klub-Sessel
und
Klein-Möbel
reiche Auswahl
Möbel-Hauptmann
Halle a. S., Kleine Ulrichstraße 36.

Zigaretten!
für Händler u. d. Gastwirte beste Qualitätsmarken weit unter Tagespreis hat große Posten abzugeben
Zigarettengroßhdlg. D. Glaser
Leipzig, Neumarkt 12, Telef. 28049

Gestrickte
Damen-Jacken
in Wolle und Kunstseide
Jumper — Blusenschoner
Berchtesgadener - Jäckchen
empfiehlt in reicher Auswahl und vielen modernen Farben preiswert
H. Schnee Nachfl.
A. & F. Ebermann
Halle a. S. — Gr. Steinstr. 34.

Halt!!
Stadtwolle u. Felle
verkaufen Sie am vorteilhaftesten in der
Woll- und Fellhandlung
F. Herrmann, Gotthardtstr 22 (im gold. Hahn).
Dort erhalten Sie die höchsten Tagespreise! Umtausch sofort gegen graue Strickgarne.
Für Händler Extra-Preise!

Inserieren bringt Gewinn!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240102-17/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 1 des Merseburger Tageblattes

Mittwoch den 2 Januar 1924.

Zum Verbot der Hypothekenaufwertung

schreibt Reichsgerichtsrat Franz Hettner in den „L. N. N.":

Im „Vorwärts" wird ein neuer Gesetzentwurf veröffentlicht, der sich mit der Erhöhung der Mieten, der Aufwertung der Hypotheken, der Besteuerung des städtischen Grundbesitzes und noch verschiedenen anderen Dingen beschäftigt, aber nach jeder Richtung zu den allerschwersten Bedenken Anlaß gibt. Es handelt sich hier um eine Gelegenheitsgesetzesmacherei, gegen die mit aller Schärfe Front gemacht werden muß. Schon die Zusammenkoppelung der verschiedenen Dinge, wie sie hier versucht wird, beweist, daß es sich nicht um ein aus einem inneren Bedürfnis heraus organisch entwickeltes Gebilde handelt, und die nähere Prüfung führt zu dem gleichen Ergebnis.

Der Ausgangspunkt für den Entwurf ist die Tatsache, daß die künstliche Herabdrückung der Mieten schwere Schädigungen nicht nur für den Hausbesitz selbst, sondern auch, da sie die Neuherstellung von Wohnungen verhindert, für die Allgemeinheit ergeben hat, und daß deshalb eine Aenderung der Wohnungsgesetzgebung notwendig geworden ist. Die öffentliche Bautätigkeit vermag der Wohnungsnot nicht abzuhelfen, die private Bautätigkeit bleibt aber so lange ausgeschaltet, als nicht der Hausbesitz wieder ertragsfähig gemacht ist. Die Mieten müssen also wieder auf eine angemessene Höhe gebracht werden. Dem steht aber das gerade bei den gegenwärtig stark gedrückten Einkommensverhältnissen aller Arbeitnehmer, Angestellten und Beamten ebenso berechtigte Interesse der Mieter gegenüber, nicht plötzlich vor neue große und für sie unerschwingliche Ausgaben gestellt zu werden. Die Mieterhöhung darf deshalb nur ganz allmählich und unter Berücksichtigung der Einkommensverhältnisse der großen Masse der Bevölkerung erfolgen.

Vor allem aber muß ihr Ertrag dem Hausbesitzer zugute kommen, damit die Instandhaltung der alten Häuser gesichert, und damit ein Anreiz für den Neubau von Häusern geschaffen wird. Gerade hier die Steuerschraube anzusetzen, hieße das gegenwärtige Wohnungselend verewigen und dem Baugewerbe, von dessen Gedeihen wiederum eine große Anzahl von anderen Gewerben abhängt, auf die Dauer zum Stillstand bringen. Eine solche Besteuerung der Mieten trifft überdies die Minderbemittelten viel stärker als die Vermögenden, weil die ersteren einen viel größeren Teil ihres Einkommens auf die Wohnung verwenden müssen, und muß um so mehr auf die Hauptmasse der Mieter, die Lohn- und Gehaltsempfänger sind und die schon bisher den größten Teil der Steuerlasten für das Reich aufgebracht haben, geradezu erbitternd wirken. Von den Erwerbslosen und Unterstützungsempfängern würde eine solche Steuer überhaupt nicht eingezogen werden können. Sie würde also nicht nur ungerecht und unsozial, sondern auch wenig ertragreich sein. Eine Abwälzung auf den Hausbesitzer ist nicht möglich. Ein Abbau des großen Apparats für die Regelung des Wohnungswesens würde viel größere Ersparnisse herbeiführen, als die Besteuerung der Mieten einbringen kann.

Man wird einwenden, daß der Hausbesitz durch die Abstoßung seiner Hypotheken einen gewaltigen unberechtigten Gewinn gemacht hat und von diesem Gewinn einen Teil der Allgemeinheit abgeben muß. Dem stehen aber zwei sehr gewichtige Erwägungen gegenüber. Zunächst ist es nicht nur der städtische Hausbesitz, sondern in noch weit höherem Maße der ländliche Grundbesitz, der sich seiner Hypotheken entledigt und dadurch einen wirklich großen Vermögenszuwachs erfahren hat. Denn er hat während und nach dem Kriege im Gegensatz zum städtischen Hausbesitz eine Rente bezogen. Eine entsprechende Heranziehung des ländlichen Grundbesitzes ist aber in dem Entwurfe nicht vorgesehen. Das ist eine ungewöhnliche Ungerechtigkeit, die auch durch andere Maßnahmen nicht ausgeglichen wird.

Wie steht es denn aber überhaupt mit dem Gewinn der Schuldner aus der Entwertung der Hypotheken? Zweifellos ist er vorhanden in den Fällen, in denen eine Abstoßung bereits erfolgt und der Gläubiger durch wertloses Papiergeld abgefunden ist. Wenn in solchen Fällen das Reich eingreift und einen Teil des unberechtigten Gewinnes für sich beansprucht, so wird dagegen nichts einzuwenden sein. Es muß aber sehr sorgfältig jeder einzelne Fall geprüft, und deshalb die Gewähr eines sorgfältigen und mit ausreichenden Rechtsbehelfen versehenen Erhebungsverfahrens gegeben sein.

In den Fällen aber, in denen die Hypothek nicht besteht, fehlt es zurzeit an dem Gewinn. Im Gegenteil! Durch das Urteil des 5. Zivilsenats des Reichsgerichts vom 28. November ist grundsätzlich die Aufwertungspflicht des Hypothekenschuldners ausgesprochen worden. Die Einzelheiten über den Umfang der Aufwendung, aber auch darüber, in welchen Fällen sie einzutreten hat, sind in dem Urteile noch nicht festgelegt. Das Urteil ist als eine befreiende Tat allgemein begrüßt worden, weil es, wenn auch spät, so doch noch nicht zu spät, eine Quelle von Ungerechtigkeiten verstopft, weil es dem von allen Bevölkerungskreisen am schwersten betroffenen Stande der kleinen Rentner, und überhaupt dem Bürgertum, das oft den Ertrag eines ganzen arbeitsamen Lebens in Hypotheken und ähnlichen festverzinslichen Werten niedergelegt hatte, die Hoffnung auf Rettung wenigstens eines Teils ihrer Ersparnisse und damit auf Befreiung aus der allergrößten Notlage gab. Es herrscht Uebereinstimmung darüber, daß gerade die Zermürbung des Mittelstandes die allerschwerste Schädigung bedeutete, die der Verlust des Krieges und der Währungsverfall dem deutschen Volke gebracht hat. Volkswirtschaftlich bringt mithin das Urteil des Reichsgerichts einen ungeheuren Fortschritt. Die Gerechtigkeit ist hier zugleich eine soziale und wirtschaftliche Notwendigkeit.

Und trotzdem soll für Gläubiger von Forderungen, die auf Goldmark lauten, ein Verbot erlassen werden, mit Rücksicht auf die Geldentwertung nachträglich zur Erhöhung zu verlangen. Die Wirkung des gerechten, gleichermaßen den wirtschaftlichen und sozialen Notwendigkeiten Rechnung tragenden Urteils soll also mit einem Federstrich beseitigt, die durch den Währungsverfall herbeigeführte Zertrümmeung der Existenz eines ganzen Standes soll, obwohl sich endlich ein Ausweg gefunden hat, doch bis zum letzten und bittersten Ende fortgeführt werden. Es handelt sich hier um einen Eingriff der Gesetzgebung in das durch die Rechtsprechung geregelte Verhältnis zwischen Gläubiger und Schuldner, wie er wohl bisher von einem Rechtsstaate noch nicht vorgenommen worden ist. Es handelt sich um die Enteignung von durch die Rechtsprechung den Gläubigern zugesprochenen Vermögenswerten zugunsten der Schuldner, nur, um diesen Schuldnern einen Gewinn zu verschaffen, damit er vom Reiche besteuert werden kann. Tatsächlich wird hier aber nicht der ungerechtfertigt bereicherte Schuldner besteuert, vielmehr mit dem die Steuer überschießenden Betrag beschenkt, während der Gläubiger leer ausgeht, enteignet wird. Da nun gegenwärtig der Hypothekengläubiger im allgemeinen gegenüber dem Schuldner der wirtschaftlich schwächere Teil ist, so wirkt diese rechtlich unhaltbare Maßregel auch sozial verderblich.

Der innere Grund für einen solchen Vorschlag liegt offenbar in der Furcht, daß die Aufwertung der Hypotheken auch zu einer Aufwertung der anderen festverzinslichen Schulden und damit letzten Endes zu einer Aufwertung der Reichs-, Staats- und Gemeindeanleihen führen könnte, die bei der finanziellen Bedrängnis von Reich, Staat und Gemeinden nicht getragen werden konnte. Das Reichsgericht hat es in seinem Urteil abgelehnt, solche Folgerungen zu ziehen, und es ist auch sehr zweifelhaft, ob sie gezogen werden müssen. Aber gesetzt den Fall, so würde es wohl angemessen erscheinen, wenn sich die Gesetzgebung bemühte, hier rechtzeitig einen gerechten Ausgleich zwischen den entgegenstehenden Interessen herbeizuführen, aber es ist ausgeschlossen, daß durch ein solches Gelegenheitsgesetz weite Kreise enteignet, andere Kreise ungerechtfertigt bereichert und die durch den Währungsverfall herbeigeführten Zerrüttungen der witschaftlichen Verhältnisse dem Rechte zuwider verewigt und ins ungemessene gesteigert werden.

Die Reichsregierung gegen Rechberg.

Pariser Pressemeldungen zufolge hat Herr Arnold Rechberg, der bekanntlich starke persönliche Kaliinteressen vertritt, es unternommen, die in Paris maßgebenden politischen Persönlichkeiten für seine bekannten Pläne zu gewinnen, die die Uebertragung eines wesentlichen Anteils an der deutschen Industrie auf französische Hände beabsichtigt.

Herr Rechberg will der französischen Regierung das Recht geben, sich unter den deutschen Unternehmungen, gleichviel ob sie in Gesellschafts- oder in anderer Form betrieben werden, diejenigen auszusuchen, an denen sie eine französische Beteiligung wünscht. Von diesen Unternehmungen sollen der französischen Regierung

30 Prozent der Aktien kostenlos

übertragen werden, wobei die nicht vergesellschafteten Unternehmungen zwangsweise in Gesellschaften umgeformt werden. Auch von Kapitalerhöhungen während der nächsten 30 Jahre soll Frankreich einen entsprechenden Anteil erhalten. Die Frage der Entschädigung der Unternehmungen wäre vom Deutschen Reiche zu regeln. Es soll der französischen Regierung überlassen bleiben, an welche französischen Unternehmungen sie die so erhaltenen deutschen Industrieanteile weiterveräußern will, jedoch mit der Einschränkung, daß diese Anteile während 30 Jahren nicht außerhalb Frankreichs verkauft, insbesondee nicht nach Deutschland zurückverkauft werden dürfen. Die Festsetzung des Gesamtbetrages, mit dem diese übertragenen Industrieanteile zu bewerten sind, bleibt der Vereinbarung zwischen der deutschen und der französischen Regierung überlassen. Um diesen Gesamtbetrag soll die deutsche Reparationsschuld gegenüber Frankreich herabgesetzt werden.

Herr Rechberg verficht die Idee seit mehreren Jahren immer wieder in der Oeffentlichkeit, obwohl er damit ziemlich isoliert dasteht. Die Einwendungen dagegen liegen auf der Hand. Erstens handelt es sich, wie aus den obigen Mitteilungen hervorgeht, um eine

Sonderregelung zwischen Deutschland und Frankreich.

Wenn angesichts des isolierten Vorgehens Frankreichs an der Ruhr der Gedanke, sich mit Frankreich gesondert zu verständigen, für nichtverantwortliche Politiker vielleicht ganz verlockend ist, so tritt die Unmöglichkeit dieses Gedankens doch sofort zutage, wenn man ihn an verantwortlicher Stelle verwirklichen wollte. Deutschland steht nach dem Vertrage von Versailles nicht einzelnen Reparationsgläubigern gegenüber, sondern einer Gesamtheit von Reparationsgläubigern, und es ist ausgeschlossen, daß England, Italien, Belgien und die übrigen deutschen Reparationsgläubiger es ruhig mitansehen würden, wie ein wesentliches Aktivum der deutschen Wirtschaft, die die alleinige Grundlage für die künftige Abtragung der deutschen Reparationsschuld bilden kann, auf Frankreich allein übertragen wird und Frankreichs Reparationsforderungen allein getilgt werden.

Ueber die Schwierigkeit, eine gerechte Bewertung des übertragenen Anteils an der deutschen Industrie zu finden, geht Herr Rechberg mit dem einfachen Vorschlag hinweg, daß sich darüber die deutsche Regierung mit der französischen Regierung zu einigen hat. Es ist aber gar nicht abzusehen, wie unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Grundlage für eine gerechte Bewertung gefunden werden soll. Bekanntlich haben die deutschen Aktiengesellschaften im Jahre 1913 bei einem Nominalkapital von 17,4 Milliarden Mark einen Kurswert von 30,7 Milliarden Mark gehabt. In der Nachkriegszeit ist der

Kurswert der deutschen Aktien, in Goldmark

umgerechnet, infolge der Markentwertung sehr stark zurückgegangen, und er hat austerordentlichen Schwankungen unter-

Carl Spitzweg.

Von Max Jungnickel.

Ihro Gnaden werden mich kennen.

Ich wohne fünf Minuten weit, habe eine bucklige Wirtschafterin, das ist Klopps Christel.

Die hat mir gestern den Schnupftabak in meine liebe, blaue Farbe gerührt.

Sonst habe ich noch eine wunderschöne blaue Weste.

Morgens trinke ich immer Kamillentee.

Einen ganz alten Knotenstock habe ich auch, und drei Dutzend Bilder, die der schwerhörige Stadtschreiber Weichselhahn gern kaufen möchte, wenn er mal 75 Mark Monatsgehalt hat.

Ich kenne Ihro Gnaden sehr gut; durch die Sperlinge, die auf meinem Fensterbrett sitzen und mir den Salat, den ich in einen Kasten gepflanzt habe, wegfressen.

Ihro Gnaden machen doch die Lieder für die Sperlinge und für die Rotschwänzchen.

Hei, ist das immer ein wunderschönes Konzert vor meinem Fenster, wenn die Sperlinge und Rotschwänzchen die Lieder von Ihro Gnaden piepen.

Gestern abend sah ich Ihro Gnaden erst, so gegen Mitternacht, mit der lieben Frau Gemahlin:

Ich stand im Hausflur, hatte mein Skizzenheftchen in der Hand, und Ihro Gnaden kletterten mit der lieben Frau Gemahlin auf den alten Lindenbaum.

Ich kann Ihro Gnaden sagen: Lustig! Herrlich! Großartig! Die Beleuchtung! Das Profil! Die Farben! Grau und blau und weiß.

Ich habe das gleich in mein Skizzenheftchen gebracht.

Einfach herrlich!

So ein richtiges Nachtwächterbildchen für die gute Stube vom Herrn Bürgermeister Ruhnke.

Ich stand, um nicht ganz vorlaut zu sein, in meinen schönen Unterhosen im Hausflur; und die Nachtmütze auf, mit der schönen, blauen Klunker dran.

Aber das wollte ich ja gar nicht sagen.

Ich soll nämlich Professor werden.

Verstehen mich Ihro Gnaden?

Ein König will mich zum Professor machen; aber kein richtiger König. Ich würde nichts dagegen haben, wenn es ein richtiger König wäre, der seine Krone alle Morgen mit Putzpulver putzt, so ein richtiger König, der Schafskopf mit fünf einzelnen Pfennigen spielt, und eine Tabakspfeife im Munde hat und ein rotgestreiftes Schnupftuch im Rockzipfel. Und der in seine eigene Kaffeetasche die ersten Frühlingsveilchen stellt.

Nein, der König, der mich zum Professor machen will, der hat ein Schloß und lauter Kerle, die Rheumatismus vom Bücken und Rücken haben.

Ihro Gnaden müssen bestimmt dagegen protestieren. Ganz egal, wenn Ihro Gnaden auch die Lieder für die Sperlinge machen und für die Rotschwänzchen.

Der Bürgermeister Ruhnke protestiert auch dagegen, und die Jungfer Klopps Christel, und der Doktor Schachtelmeyer.

Ihro Gnaden müssen bestimmt protestieren.

Ich kann mit meiner blauen Weste mehr Staat machen als mit so einem Professortitel, der mir die Filzpantoffeln vergrault und die Nachtmütze und das Schafkopfspielen und das Schnarchen.

Halten zu Gnaden, daß ich bei Ihro Gnaden nächstens mal vorspreche?

Ihro Gnaden ganz gehorsamster Diener

Carl Spitzweg, Maler.

Das Böse.

Von Max Jungnickel.

Aus allen Ecken und Enden kriecht es heute hervor, das innerlich Verderbte und gewissenlos Verderbende, das unheimlich in allem Schmutz und Schlamm Wühlende, das sich doch wie etwas Selbstverständliches und Tonangebendes spreizt, — das Böse! Es war ja natürlich immer schon irgendwie auf dem Plan, und man könnte Bände über seine Geschichte schreiben, aber in unserer wirr und unsicher dahinfahrenden Gegenwart feiert es seine unheiligen Feste mit einer schier beispiellosen Frechheit und Ungebundenheit. Die einfachsten sittlichen Dinge werden auf den Kopf gestellt, und ein gellendes Hohnlachen oder auch ein hämisch grinsendes Lächeln trifft die dummen Altmodischen, die noch auf Zucht und Ordnung, Pflicht und Sitte eingestellt sein möchten. Und dieses Böse bedient sich im einzelnen all der Verlockungs- und Verführungskünste, die man seit Jahrtausenden in der Menschheitsgeschichte kennt, nur daß sie eben jetzt besonders rasch und gern beachtet und befolgt werden. Das Böse verspricht irgendwie Vorteil und Genuß, und es ist doch im tiefsten Grunde ein unsinnig lügnerisches Versprechen. Jawohl, der Teufel ist ein Lügengeist!

Wir lächeln über einen mittelalterlichen Teufelsspuk, wo der leibhaftige Gottseibeiuns mit Hörnern und Pferdefuß die naiven Menschenkinder schreckt. Aber eine persönliche Macht des Bösen schauen wir überall. Ganz persönlich wirkt sich das Schlechte aus, und ganz persönlich ist der Kampf dagegen. Und ebenso persönlich ist die abscheuliche Knechtschaft, wenn man unterliegt. Man meint zu schieben, und man wird geschoben. Mit einem großen, schweren Fragezeichen ist das Problem des Bösen behängt, wenn man's philosophisch betrachtet. Daß ein Böses in der Welt sei, so urteilt gerade auch die moderne Philosophie, das bleibe gegenüber dem Gedanken einer einheitlichen vernünftigen Weltursache ein schlechthin undurchdringliches Geheimnis. Die christliche Weltanschauung aber weiß und bekennt, daß auch das Böse letzten Endes — mittelbar — nur dem ewigen, göttlichen Heilswalten dienen kann. Insofern mag das Wort aus dem „Faust" sein Recht behalten, das unbewußt blitzartig die ganze Sachlage beleuchtet, das Wort von der „Kraft, die stets das Böse will und stets das Gute schafft." Luther äußerte, der Teufel sei auch einem Christenmenschen „näher denn sein Rock oder Hemd". Also niemand denke, daß er niemals straucheln könne! Allein, — nur auch nicht etwa den Mut verlieren! Immerfort ankämpfen gegen das Gemeine und Schlechte — auch bei sich selbst! Verschließen wir nicht den Blick gegen den furchtbaren Ernst dessen, was die Bibel menschliche „Sünde" nennt! „Ja, man muß schauen können", so sagt Graf Hermann Keyserling in seinem vielbeachteten „Reisetagebuch eines Philosophen", und er fügt hinzu, seine Einbildungskraft führe das einzelne „reflektorisch auf seinen inneren Grund zurück." Wohlan, wenn man den ernstlichen Versuch macht, auf den innersten Seelengrund zu schauen, so wird sich da manches als Schuld spiegeln, für die man schließlich in dieser oder jener Weise mitverantwortlich ist. Wer das Böse verschleiert, beschönigt, es als bloße Natur- und Kulturnotwendigkeit hinstellt, der schädigt sich an seinem eigenen Vollmenschentum, und der versteht nicht den tiefsten Sinn einer echten Lebenskultur. Zum wirklichen Leben gehört der Glaube an das Gute und das unermüdliche praktische Eintreten für das Gute . . .

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240102-17/fragment/page=0005
DFG

legen. Es hat Zeiten gegeben, in denen der gesamte Goldwert der Aktien weniger als 2 Milliarden war. Zwischen den 30,7 Milliarden und 2 Milliarden liegt irgendwo der wirkliche Goldwert der Aktien, aber für die richtige Beurteilung, wo zwischen diesen Grenzen er liegt, fehlt es an zuverlässigen Unterlagen. Die bekannte belgische Studie über das Reparationsproblem in dem belgischen Grauduch hat sich diese Bewertungsfrage ziemlich leicht gemacht, indem sie ungefähr das Mittel zwischen den möglichen Grenzzahlen nimmt und auf eine Bewertung von 20 Milliarden Goldmark für die Gegenwart kommt, eine Zahl, die ganz willkürlich ist und keinerlei Anspruch auf Begründetheit erheben kann. Ueber den gegenwärtigen geringen Wert der deutschen Aktien ist man sich auf der Gegenseite auch im klaren, wie aus einer Bemerkung Poincares in einer Rede vor einiger Zeit hervorgeht, in der er mit Beziehung auf diese Industriebeteiligungsfrage darauf hinwies, daß die deutschen Aktien zurzeit nur einen geringen Goldwert haben. Würde man sich von deutscher Seite auf die Rechberg'schen Pläne einlassen, so könnte mit Sicherheit erwartet werden, daß der 30prozentige Anteil an den deutschen Unternehmungen für ein Butterbrot hergegeben werden müßte, ohne daß die deutsche Reparationsschuld dadurch nennenswert herabgesetzt wird, daß aber andererseits ein wesentliches Aktivum der wirtschaftlichen Zukunft Deutschlands damit verlorengegangen ist.

*

Der Plan des deutschen Industriellen Arnold Rechberg, auf dem Wege über eine wirtschaftliche Verzahnung französischen Kapitals mit deutschen Industrieunternehmen eine

politische Verständigung

zwischen England und Frankreich herbeizuführen, hat in der französischen Kammer am Freitag zu einer Debatte geführt, in der der Millerand-Anhänger Paul Reynaud sich für die Rechberg'schen Ideen als Mittel, sowohl die Reparations- wie die Sicherheitsfrage zu lösen einsetzte. Er kritisierte die Politik des „eisernen Vorhangs", die das Ruhrgebiet vom unbesetzten Deutschland scheide, ohne das jenes ein Hafen ohne Hinterland sei, und fordert die kapitalistische Beteiligung Frankreichs unter der Kontrolle der Regierung. Wenn auch ein rein wirtschaftliches Blatt wie die „Journee Industrielle" die Rede Reynauds gerühmt hat, so ist doch der Rechberg-Reynaud-Vorschlag von der großen politischen Presse des Landes fast totgeschwiegen worden.

*

Protest der Handelskammer Leipzig gegen die sächsische Steuernotverordnung.

Gegen die von der sächsischen Regierung erlassene Notverordnung über die weitere Erhebung der Gewerbesteuer und die Einführung einer Arbeitgeberabgabe erhebt die Handelskammer im Namen von Leipzigs Handel und Industrie schärfsten Protest. Es muß zunächst bezweifelt werden, ob die augenblickliche sächsische Regierung, die die Geschäfte nur bis zur Neubildung der Regierung in Sachsen noch führt, überhaupt berechtigt ist, eine solche Notverordnung zu erlassen. Ganz abgesehen davon, bedeutet aber diese Notverordnung mit ihrem Steuersatze von je 5 Goldmark für je 1000 Mark der bei der Gewerbesteuerveranlagung festgesetzten Steuer des Rechnungsjahres 1923

eine solche Ungeheuerlichkeit, daß Handel und Industrie einfach nicht in der Lage sind, die sich ergebenden Steuerbeträge zu zahlen.

In vielen Fällen ergeben sich bei der Errechnung der vierten Gewerbesteuerteilzahlung 1923 derartig hohe Summen in Goldmark, daß ihre Richtigkeit allgemein bezweifelt werden muß. Wenn man bedenkt, daß die gleichen Beträge dann für 1924 viermal als Vorauszahlungen zu leisten sind, so ergeben sich Summen, die das Vielfache des Reingewinnes eines Unternehmens in der Vorkriegszeit in einem Geschäftsjahre ausmachen.

Gegen diese Steuerpolitik Sachsens muß mit aller Entschiedenheit Front gemacht werden,

und die Handelskammer hat deshalb, da hier auch erhebliche Reichsinteressen auf dem Spiele stehen, nicht nur beim sächsischen Finanz- und Wirtschaftsministerium, sondern auch beim Reichsfinanzministerium und beim Landesfinanzamt Leipzig schärfsten Einspruch gegen diese Steuernotverordnung erhoben.

*

Professor Dade †.

Freitag abend ist in Berlin in seiner Wohnung Professor Dr. Heinrich Dade nach kurzer, aber schwerer Krankheit gestorben.

*

Professor Dade war seit 1895 Geschäftsführer des deutschen Landwirtschaftsrates, zeitweilig auch Generalsekretär des ehemalig Königl. preußischen Landesökonomiekollegiums und der Zentralstelle der preußischen Landwirtschaftskammern. Nach dem Kriege wurde im August 1922 Professor Dade zum Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates berufen und Anfang dieses Jahres vom Deutschen Landwirtschaftsrat zum geschäftsführenden Vorstandsmitglied gewählt.

Professor Dr. Dade beschäftigte sich während der Reichstagswahlen 1912 sehr lebhaft in der Oeffentlichkeit. Er hatte seinerzeit um die sozialdemokratische Stichwahlhilfe im Wahlkreise Parchim, wo Dade als Kandidat der Konservativen gegen den Fortschrittler Pachnicke im Wahlkampfe stand, gebeten und dafür den Sozialisten im Wahlkreis Rostock Wahlhilfe versprochen. Genutzt hat übrigens Dade dieses Angebot nichts, da im Parchimer Kreis Pachnicke in der Stichwahl gewählt wurde.

Auch schriftstellerisch hat sich Professor Dr. Dade betätigt und eine Reihe Broschüren, die sich dem wissenschaftlichen Gebiet in der Agrarpolitik sowie der Handels- und Zollpolitik widmen, veröffentlicht.

*

Um die „Dixmuiden".

In der französischen Kammer wird man sich schon in der nächsten Zeit über die

Ursachen der Katastrophe

und die Schuldfrage sehr eingehend auseinandersetzen. Ob es freilich möglich sein wird, bis dahin genauere Einzelheiten festzustellen, erscheint doch sehr fraglich, wenn es nicht gelingt, die Lage des wohl auf dem Meeresgrunde ruhenden Luftkreuzers durch Flugzeuge oder Kriegsschiffe festzustellen. Nach Lage der Dinge ist es kaum wahrscheinlich, daß einer der Teilnehmer der Unglücksfahrt mit dem Leben davongekommen ist, und daß etwa Schiffbrüchige durch Fischerboote und Dampfer gerettet worden sind. In diesem Falle lägen zweifellos schon Meldungen beim Chef des französischen Marineflugwesens vor. Man wird also auf Vermutungen angewiesen bleiben. Dagegen dürfte die französische Regierung und vor allem der Chef des Militärflugwesens einen schweren Stand gegenüber den Anfragen in der Kammer haben, ob der Unfall sich hätte vermeiden lassen.

Es drängt sich beim Untergange der „Dixmuiden" ein Vergleich mit der Katastrophe des deutschen Marineluftschiffes „L. 3" auf, das, wie noch erinnerlich sein dürfte, vor dem Kriege bei Helgoland in der Nordsee untergegangen ist. Auch damals flog das Schiff von Hamburg mit einer Besatzung von über 20 Köpfen bei einer Wetterlage ab, die den Antritt der Fahrt keineswegs geraten erscheinen ließ. Man hatte die Tragfähigkeit des Kreuzers überschätzt und das Luftschiff stürzte nördlich von Helgoland nach längerer Fahrt in die See, wobei die ganze Besatzung ums Leben kam. Beim Untergange der „Dixmuiden" scheint es sich um einen ganz ähnlichen Unfall gehandelt zu haben. Nach den Veröffentlichungen des französischen Admiralstabes war der Luftkreuzer, dessen Belastung mit 50 Personen für eine längere Fahrt von etwa zwei bis drei Tagen schon die Höchstgrenze bedeutete, zu einer Dauerfahrt aufgestiegen, und es hat ganz den Eindruck, als ob dieser Flug die bisherigen Rekorde drücken sollte. Man wollte wohl den 95-Stundenflug des deutschen Militärluftschiffes vom Balkan nach Zentralafrika schlagen und offenbar auch die Leistung des englischen Luftschiffes drücken, das den Atlantic überflogen hat. Nach den theoretischen Berechnungen konnte das Schiff, selbst wenn es bauliche Veränderungen erfahren hatte und selbst wenn man auf Kosten der Tragfähigkeit die Benzintanks vergrößert hatte, im besten Falle 100 Stunden in der Luft bleiben.

Offenbar hoffte man vor dem Windtreiben doch noch die afrikanische Küste erreichen zu können, und über der See ist dann die Katastrophe eingetreten. Allem Anschein nach ist die „Dixmuiden" in nicht allzugroßer Entfernung von der afrikanischen Küste untergegangen.

*

Dollarika.

Was erwartet den deutschen Auswanderer in Nordamerika?

Der „Allgemeinen Zeitung" entnehmen wir nachstehenden interessanten und wichtigen Aufsatz:

Den größten Teil des deutschen Volkes beseelt heute nur der eine Gedanke, der eine Wunsch, die Ermöglichung der Auswanderung nach Amerika, dem Dollarlande, dem Lande der unbegrenzten Möglichkeiten. Freudestrahlend und voller Hoffnungen und Erwartungen betreten die, denen sich Gelegenheit zur Auswanderung bietet, in Bremerhaven den Lloyddampfer, der sie nach 8—10tägiger Fahrt in Hoboken (auch Kleindeutschland genannt) landet. Viele, nachdem sie 1—2 Tage Newyork, welches nur durch einen Arm des Hudson von Hoboken getrennt ist, angesehen, die mächtigen Hafenanlagen, ungeheuren Gelände, Brücken, Tunnels bewundert haben, begeben sich weiter in das Innere des Landes, nach Nova, Illinois, Wisconsin, die Kornkammern der Vereinigten Staaten, in denen sie in der Landwirtschaft leicht Arbeit finden, auch im Winter, da Saisonarbeiter nicht üblich sind. Andere, deren Mittel es erlauben, reisen noch weiter westlich nach Kansas, Texas, Arizona. Diejenigen, die weniger bevölkerte Staaten aufsuchen, sind bei weitem die Klügeren, denn hier gibt es noch ungeheure Strecken unbebauten Landes, von dem Teile für verhältnismäßig wenig Geld zu kaufen sind. Hier leben noch die Ureingeborenen, die Indianer (Apachen, Sioux und Cros) auf ihren Reservationsländereien, und hier bekommt sogar ein heiratslustiger Jüngling, wenn er

eine Indianerin zur Frau

nimmt, von dem betreffenden Indianerstamm gleich 600 Morgen Ackerland als Mitgift. Das Land ist verhältnismäßig leicht zu bebauen und ist besonders für Viehzucht geeignet. Zu selbständiger Wirtschaft sind etwa 600 Morgen nötig, die mit 3/4 Dollar je Morgen zu kaufen sind.

Insgesamt mag man mit 1000 Dollar genügendes Anfangskapital haben. Aber freilich muß man auf jede Bequemlichkeit und Abwechselung in der Einsamkeit verzichten. Wie man sich das Haus erst schaffen muß, ehe man ein Dach über dem Kopfe hat, so muß man auch alles andere, was man braucht oder benötigt, sich selber schaffen, in zäher Arbeit. Denjenigen, die in Newyork zurückbleiben, und von dort nicht durch Verwandte oder besonders geschäftliche Beziehungen gleich festen Fuß fassen können, sowie der Sprache nicht mächtig sind, geht es in 99 Fällen schlecht, sie müssen überall hinten anstehen, und da der Deutsche in Amerika alles andere wie beliebt ist, was besonders auf die Verhetzung (während des Krieges) durch die Northcliffe-Presse, jetzt durch die großzügige

französische gegen Deutschland gerichtete Propaganda

zurückzuführen ist, wird er überall zurückgedrängt. Mag er noch so tüchtig sein, er kommt erst an die Reihe, wenn alle anderen untergebracht sind, und da der Andrang durch die auch in Amerika herrschende große Arbeitslosigkeit bedeutend ist, wird das mitgebrachte Geld aufgezehrt sein, ehe sich nur die geringste Aussicht auf Beschäftigung bietet, selbst wenn er gewillt ist, die erste beste Arbeit anzunehmen. Tausende, die früher nur in ihrem Berufe arbeiten wollten, würden sich glücklich schätzen, wenn sie auch nur die schmutzigste Arbeit, die man im allgemeinen nur von Schwarzen verlangt, verrichten könnten, aber niemand denkt daran, sie einzustellen. Kommt nun gar noch Krankheit, dann ist alles verloren. Denn eine Krankenkasse, mit Ausnahme von solchen, die von einzelnen Vereinen gebildet sind, gibt es in Amerika nicht.

Besser als für das männliche, ist es für das weibliche Geschlecht.

Deutsche Frauen und Mädchen sind vor allem ihrer Gründlichkeit halber, besonders im Haushalt und Hotelwesen, sehr gesucht, und wenn sie erst der Sprache mächtig sind, können sie sich leicht und außerordentlich schnell emporarbeiten. Ganz falsch ist jedoch die Ansicht, daß das Geld auf der Straße liege und man es nur aufzuheben brauche. Nur Arbeit, anstrengende Arbeit bringt in Amerika auch dem weiblichen Geschlecht Erfolge, und diejenigen, welche denken, daß man dort drüben die Hände in den Schoß legen kann, tun gut, dem Dollarlande fernzubleiben. Vor allem soll man aber sozialistische und kommunistische Ideen zu Hause lassen. Im „Lande der Freiheit" herrscht eine verdammt strenge Zucht, und Demonstrationen und dergleichen gibt es nicht. Wer sich nicht fügt, bekommt den aus Amerika erst nach Europa übernommenen Gummiknüppel gründlich im Original zu kosten, fliegt unweigerlich aus der Arbeitsstelle und lernt die Kehrseite der „unbegrenzten Möglichkeiten" kennen.

Aus Provinz und Reich.

Stettin, 1. Januar. (Vier Bluttaten bei Stettin.) Nicht weniger als vier Personen sind nach den Festtagen in der näheren Umgegend von Stettin ruchlosen Mörderhänden zum Opfer gefallen. So wird uns aus Jetzitz gemeldet, daß das Eigentümerehepaar Bensch, nachdem es seit mehreren Tagen von den Nachbarn nicht mehr bemerkt worden war und das Vieh vergebens nach Futter schrie, von der inzwischen verständigten Gendarmerie in ihrer verschlossenen Wohnung mit eingeschlagenen Schädeln an der Erde liegend tot aufgefunden wurde. Die Staatsanwaltschaft nahm heute eine Besichtigung am Tatorte vor. — Weiter wird aus Stargard berichtet, daß im Friedrichswalder Forst von Holzfuhrleuten eine Leiche gefunden worden ist. Nach den bei der Leiche aufgefundenen Ausweispapieren handelte es sich um einen Arbeiter Karl Ramm, der 50 Jahre alt ist. Er war zuletzt in Neukalkenberg wohnhaft. Auch ihm war der Schädel eingeschlagen. Der Leiche sind später noch die Stiefel, der Mantel, die Jacke und das Hemd ausgezogen worden. — Schließlich wird aus Weeßow berichtet: Der 17jährige Dützmann lauerte früh morgens dem 56jährigen Arbeiter und Familienvater Vollbrecht auf und überfiel ihn mitten auf der Dorfstraße. Der Täter schlug auf den Nichtsahnenden mit einer Zange ein und zertrümmerte ihm die Schädeldecke. Schwer verletzt wurde der Ueberfallene in die Klinik zu Greifswald gebracht, wo er bald darauf verstarb.

Hamburg, 1. Januar. (Die Hamburger Preise) Das Fünfzigpfennig-Brot soll in Hamburg vom 29. Dezember 1923 ab durch Gewichtsvermehrung von 1200 auf 1450 Gramm verbilligt werden. Im übrigen ist nach Mitteilung des Statistischen Landesamtes die Ermäßigung der Preise seit dem 17. Dezember zum Stillstand gekommen. Die meisten Bedarfsgegenstände halten sich noch erheblich über Vorkriegshöhe, besonders Schellfische mit 195 v. H., Sauerkraut mit 212 v. H., Zucker 109 v. H., Briketts und Steinkohlen mit 117 v. H., Beleuchtung und Bekleidung sind auch noch um 23 und 27 v. H. teurer.

Hamburg, 1. Januar. (Das Ende einer Warenhausdiebesbande.) Eine Warenhausdiebesbande ist in Altona verhaftet worden. An ihrer Spitze stand ein Ausländer, der gemeinsam mit vier Frauen arbeitete. Zwei von den Frauen stahlen und steckten die Gegenstände den beiden anderen Frauen zu, die sie unter ihren Mänteln verbargen, während der Mann die Diebinnen deckte und warnte. Sie haben in allen großen Warenhäusern von Hamburg und Altona reiche Beute gemacht.

Dresden, 1. Januar. (Textilausstellung.) Die Jahresschau deutscher Arbeit gibt in jedem Jahr einen Ueberblick über ein Teilgebiet deutschen Schaffens und Lebens. 1923 wurde Spiel und Sport gezeigt. Die Jahresschau 1924 soll den Textilien gelten und vom 1. Juli bis zum 30. September stattfinden. Die Schau soll Textilien für Kleidung, für Innenarchitektur und für technische Zwecke, daneben Geschichtliches und die Textilverarbeitung von der Rohstoffaser bis zum Fertigfabrikat zeigen; außerdem ist eine originelle Art der Modeschau geplant, die die Moden primitiver und exotischer Völker, die Modeentwickelung Deutschlands seit der Zeit der alten Germanen, Modekarikaturen der letzten fünf Jahrhunderte und ständige Vorführungen der letzten Mode umfassen soll.

*

Wien, 30. Dezember. (Eine ganze Flotte gestohlen.) Aus Neusatz (Südslawien) wird gemeldet, daß von dem staatlichen Donauschiffspart elf Lastdampfer und 66 Schlepper spurlos verschwunden sind. Sie dürfen ins Ausland entführt und dort verkauft worden sein. Der südslawische Staat erleidet einen Schaden von 400 Millionen Dinar. Ein serbisches Blatt meint dazu, man werde sich bald nicht mehr wundern dürfen, wenn eines Tages die Nachricht komme, daß Paschitsch samt seinen Ministern gestohlen worden sei.

Der mitteldeutsche Braunkohlenbergbau im Monat November 1923.

Im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau betrug im Monat November 1923 die Rohkohlenförderung 6 073 662 Tonnen (Vormonat 5 443 075 Tonnen), die Brikettherstellung 1 250 276 Tonnen (Vormonat 1 216 648 Tonnen), die Kokserzeugung 25 689 Tonnen (Vormonat 29 407 Tonnen). Die Steigerung der Rohkohlenförderung betrug mithin 11,7 Prozent, die der Brikettherstellung 2,8 Prozent. Der Rückgang der Kokserzeugung belief sich auf 12,7 Prozent. Der November hatte 25 und der Oktober 27 Arbeitstage. Auf die arbeitstägliche Produktion bezogen, bezifferte sich demnach im Monat November die Rohkohlenförderung auf 243 146 Tonnen (Vormonat 201 595 Tonnen), die Brikettherstellung auf 50 011 Tonnen (Vormonat 45 061 Tonnen) und die Kokserzeugung auf 1 027 Tonnen (Vormonat 1 089 Tonnen). Somit erfuhr die Rohkohlenförderung gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 20,6 Prozent, die Brikettherstellung von 11,0 Prozent und die Kokserzeugung einen Rückgang von 5,7 Prozent.

Im November des Vorjahres betrug die Rohkohlenförderung 8 406 136 Tonnen, die Brikettherstellung 1 817 198 Tonnen und die Kokserzeugung 35 245 Tonnen. Der Rückgang gegenüber dem Monat November des Vorjahres betrug demnach für Rohkohle 27,7 Prozent, für Briketts 31,2 Prozent, für Koks 27,1 Prozent. Da der November des Vorjahres gleichfalls 25 Arbeitstage hatte, beziehen sich diese prozentualen Rückgänge auch auf die arbeitstägliche Erzeugung.

Der Oktoberstreik dauerte bis in die ersten Tage des November hinein. Die Produktion dieses Monats hatte demnach noch unter dem Streik zu leiden. Während im November des Vorjahres ein lebhafter Absatz vorlag, gestalteten sich die Absatzverhältnisse im Berichtsmonat sehr schlecht. Dies führte sich in erster Linie darauf zurück, daß die abnehmenden Industrien gleichfalls einen schlechten Geschäftsgang hatten u. infolgedessen mit ihrem Brennstoffbezug zurückhielten. Dies war der Fall in der Textil-, Glas- und keramischen Industrie. Die Bezüge der Zuckerindustrie ließen stark zu wünschen übrig, da diese zunächst von ihren Vorräten zehrte.

Infolge der schlechten wirtschaftlichen und betrieblichen Lage der Werke nach dem Streik war es auch nicht möglich, alle während des Streiks entlassenen Arbeiter wieder einzustellen. Trotz der verringerten Belegschaft war es nötig Feierschichten einzulegen. Unter dem Drucke der wirtschaftlichen Not erfolgte auf manchen Werken im Einverständnisse mit der Arbeiterschaft die Umstellung auf den zweischichtigen Betrieb.

Der Verfall der Mark nahm im November außerordentliche Dimensionen an, die eine Wirtschaften fast zur Unmöglichkeit machten. Die Kohlenpreise kamen trotz der verschärften Zahlungsbedingungen gänzlich entwertet in die Hände der Werke und betrugen nur noch geringe Bruchteile von dem Verkaufspreise. Auch die Löhne wurden den Arbeitern trotz der kurzfristigen Abschlagszahlungen in entwertetem Zustande zugeführt. Eine wesentliche Erleichterung bedeutete es daher für die Werke und für die Arbeiterschaft, als gegen Ende des Monats der Dollarstand auf 4,2 Billionen Mark stabilisiert wurde und gleichzeitig die Ausgabe von Rentenmark erfolgte. Die Belieferung des Kohlenbergbaus mit Rentenmark geschah auf Grund eines besonderen Abkommens zwischen dem Reichskohlenverband einerseits und dem Reichsfinanzministerium und der Reichsbank anderseits. Allerdings waren bei der Ausgabe der Rentenmark an die Industrie größte Schwierigkeiten zu überwinden.

Aus Anlaß der schlechten wirtschaftlichen Lage machte sich ein starkes Angebot von Arbeitskräften geltend. Die Löhne der Arbeiter erfuhren eine wöchentliche Anpassung an den gesunkenen Markwert. Gegen Ende des Monats wurde der Lohn auf Rentenmark berechnet.

Die schon erwähnten schlechten Absatzverhältnisse ermöglichten es der Bahn, den nötigen Leerraum zu stellen. Fehlziffern traten infolgedessen nicht auf.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240102-17/fragment/page=0006